

VBE Report

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund



VBE MV
*Wir geben
den Kurs vor!*
Personalratswahlen 2021



Neue Regierung in MV – was verheißen die Parteien für die Schulen?

Aus dem Inhalt: Nachlese zur Personalratswahl, S. 4
Norddeutscher Lehrertag am 11. September, Rückseite



VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

+++ Vorwort +++

Liebe Leserinnen und Leser,



Gottfried Hägele

die Wahlen bei den Personalräten sind vorüber, die Wahlen zum Landesparlament stehen bevor. Wir danken, dass wir bei der Personalratswahl auf Sie zählen konnten, und nehmen unseren Auftrag an. Wie die Wahlergebnisse in den Regionen ausfielen, entnehmen Sie diesem Heft.

Die politischen Parteien werben für Stimmen zur Landtagswahl. Der Wahlkampf ist in vollem Gange – auch in Sachen Bildungspolitik. SPD und CDU legen in ihrer Regierungsbilanz dar, was sie geschafft haben, und geben auf unsere Nachfragen Auskunft, was sie vorhaben, wenn sie es

erneut regieren würden. Wir haben auch bei den anderen Parteien des Landtages nachgefragt. Lesen Sie, wie deren Vorstellungen zur Bildung aussehen, bilden Sie sich ein eigenes Urteil und gehen Sie bitte wählen.

Über den beschlossenen Bildungspakt erfahren Sie mehr Hintergründe und wir werben ganz leidenschaftlich für den Norddeutschen Lehrertag am 11. September in Rostock.

Bleiben Sie zuversichtlich.

Ihr
Gottfried Hägele



dbb.de

- ↳ Leitartikel 3
- ↳ Aktuell VBE M-V..... 4
 - ↳ Personalratswahlen 2021 4
 - ↳ Bildungspolitik vor und nach der Landtagswahl 6
 - ↳ Regierungsbilanz der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern..... 6
 - ↳ Fragen an die Parteien zur Landtagswahl 2021..... 9
 - ↳ Der Bildungspakt für gute Schule20
- ↳ Junger VBE M-V23
 - ↳ #Lehrergesundheit23
 - ↳ #Selfcare – wie hast du deinen Sommer verbracht?24
 - ↳ #Mein Einstieg in den Lehrerbezirkspersonalrat Neubrandenburg26
 - ↳ #SollDasSo?27
- ↳ VBE Newsletter.....28

↳ Impressum

VBE Report – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
www.vbe-mv.de
August 2021

Geschäftsstelle
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Telefon: 0385 / 55 54 97; Fax: 0385 / 5 50 74 13
www.vbe-mv.de, E-Mail: info@vbe-mv.de

Bankverbindung
BBBank, IBAN: DE23 6609 0800 0006 8460 84, BIC: GENODE61BBB

Verlag, Anzeigen und Herstellung
Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon: 02385-46290-0 | www.wilke-verbaende.de

Redaktion
Gottfried Hägele (gh)
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Telefon: 03991 / 16 56 72
E-Mail: geschaeftsstelle@vbe-mv.de oder gottfried.haegele@vbe-mv.de

Bilder
Alle Bilder ohne direkte Quellenangabe sind aus der Redaktion.
stock.adobe.com | SEB (Titelseite), Redaktion (alle Porträtbilder im Heft),
dbb landesbund m-v (S. 21), stock.adobe.com | Sven Vietense (S. 27)

Basis-Gestaltung
Typoly, Berlin | www.typoly.de

VBE REPORT erscheint viermal im Jahr.
Bezugspreis: 6,- Euro pro Jahr zuzüglich Versandkosten über die Geschäftsstelle. Für Mitglieder ist der Bezug durch den Beitrag abgedeckt. Namentlich gekennzeichnete Artikel sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktionsschluss VBE Report 4/2021: 08.11.2021
Bitte achten Sie auch auf die Quellenangabe eingereicherter Fotos und die vollständige Namensnennung der Abgebildeten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diesen Beitrag schreibe ich mitten in den Ferien, also im eigentlichen Urlaub. Das ist aber wohl das Los aller ehrenamtlich Tätigen: Auch im Urlaub ist man zum Teil im Dienst. Aber wir wollen die Ausgabe unserer Zeitung zeitnah zum Schulbeginn in den Schulen und bei den Mitgliedern haben.

Von der ersten Ferienhälfte bleiben die Bilder von voll besetzten Stadien mit über 60.000 Personen ohne Abstand und Maske hängen. Dazu liest man, dass es in Flugzeugen mit am sichersten sei, da die Lüftung sämtliche Viren absaugen würden. Und wir denken da schon wieder an die Schulöffnung und den Unterricht im Herbst. Vielleicht sollten wir dann den Unterricht in die Flugzeuge verlagern, wenn diese so sicher sind. Spaß beiseite. Vor den Ferien haben wir in einer Presseerklärung angemahnt, dass nicht wieder ein Sommer verschlafen werden darf. Mein Eindruck nach fast vier Wochen Ferien: Genau das passiert! Natürlich erfolgen genau wie jeden Sommer Baumaßnahmen in den Schulen. Diese haben aber nur bedingt mit dem Virus zu tun, sondern man hat den Eindruck, vieles sind lang geplante und notwendige Maßnahmen. In den ersten Ferienwochen wurde noch über Luftfilteranlagen diskutiert und dass diese nichts bringen würden. In diesem Zusammenhang muss ich an eine Gesprächsrunde denken, die wir als Vorstand in der CDU-Landtagsfraktion vor einigen Monaten hatten. Da wurde im Vorfeld extra betont, dass wir uns keine Gedanken machen müssten, denn es sei alles durch Plexiglasscheiben und mobile Luftfilteranlagen sicher.

Zum Ende des Schuljahres war ich zu einer Veranstaltung des Bürgerbeauftragten im Plenarsaal des Schweriner Schlosses. Wir saßen mit entsprechendem Abstand, zusätzlich abgetrennt durch Plexiglas. Die Landtagspräsidentin als Hausherrin verwies darauf, dass man die Masken abnehmen könne, da der Plenarsaal über ein sehr gutes Lüftungssystem verfüge. Ich war nahe daran, laut zu rufen, dass doch Stoßlüften auch reichen würde. Und was passiert in Schulen? Jetzt, mitten in den Ferien, mit einem Mal die Kehrtwende. Nachdem erst monatelang immer wieder betont wurde, dass mobile Lüftungsanlagen nichts bringen und für fest installierte die Zeit für notwendige Ausschreibungen fehlen würde, gibt es urplötzlich ein 2-Millionen-Programm des Landes zum Einbau mobiler und ein Bundesprogramm zum Einbau fest installierter Luftfilteranlagen. Nachdem jetzt auch das Umweltbundesamt behauptet, nie gesagt zu haben, dass mobile Lüftungsanlagen nichts bringen würden, gibt es also auch bei uns im Land eine Kehrtwende seitens der Regierung. Die Schulträger sind noch skeptisch bzw. weigern sich. Und wer badet es aus? Irgendwie erinnert mich das an den Anfang der Pandemie und die Diskussion um die Masken. Am Ende ist es wieder so, dass alle sagen, wir hätten das schon immer positiv gesehen, nur

„die anderen“ wollten ja nicht. Jeder schiebt den Schwarzen Peter weiter. Und wieder einmal zeigt sich, dass das Miteinander unterschiedlicher Entscheidungsträger im Bildungsbereich mehr Hemmschuh als dienlich ist. Haben wir in den fast eineinhalb Jahren Pandemie nichts gelernt? Für feste Anlagen muss nach gültigem Recht wohl europaweit ausgeschrieben werden. Das allerdings verstehe ich schon wieder nicht. Natürlich dürfen Schulträger nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Ich dachte aber, dass wir in einer weltweiten Pandemie und damit einer Ausnahmesituation sind. Und da erwarte ich, dass die verantwortliche Politik diese Hürden abbaut.

Und wenn es doch wieder einen landesweiten Lockdown gibt? Sind wir besser vorbereitet? Haben wir in der Digitalisierung deutliche Fortschritte gemacht? Bedingt. Natürlich klappt es besser mit der Lernplattform itslearning. Aber was hilft uns das, wenn wir immer noch nicht die entsprechenden Netzverbindungen und Hardware haben? Was ist eigentlich mit den Endgeräten für Lehrkräfte? Viele warten noch immer darauf. Dort, wo sie bereits angekommen sind, wird auch mitgeteilt, dass diese nur für die Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung des Distanzlernens genutzt werden dürften. Für andere Lehrertätigkeiten wie Zeugniserstellung usw. sei die Nutzung untersagt und nach der Pandemie seien diese zurückzugeben und würden ins Medienkonzept der Schule integriert. Was für ein Wahnsinn! Was hilft das, wenn diese eben nicht datenschutzsicher sind? Lehrerdasein ist mehr als Unterrichten und hört nicht nach der Pandemie auf! Benötigen wir für jede unterschiedliche Tätigkeit ein anderes Gerät? Wieder einmal zeigt sich, dass die unterschiedlichen Ebenen nicht miteinander, sondern eher gegeneinander arbeiten. Und wir baden es aus!

So sehe ich schon mit etwas Graus dem Schulstart in gut 14 Tagen entgegen. Wieder einmal sind wir es, die Personen vor Ort in den Schulen, die das alles ausbaden müssen. Maske tragen, Stoßlüften und ... Ich hoffe für uns alle, dass wir das gut hinbekommen und die Inzidenzen nicht wieder so stark ansteigen.

Immerhin erwarten uns nach den Ferien neben dem täglichen Unterricht wichtige Aufgaben. So werden wir wieder Tarifverhandlungen für die Landesbediensteten haben; erstmals im Herbst. Dieser Abschluss der Einkommensrunde (EKR) soll dann, so zumindest unsere Forderung, zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen werden. Diese Tarifverhandlungen gehen also uns alle an, ob als angestellte oder verbeamtete Lehrkraft. Das Forderungspaket der Gewerkschaften wird noch im August geschürt. Eins kann ich jetzt schon sagen: Nur ein Klat-



Michael Blanck

schen der Arbeitgeber wird uns nicht reichen. Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Monaten Außerordentliches geleistet, um das Land am Laufen zu halten. Das möchte jetzt auch entsprechend honoriert werden! Wir hoffen dabei natürlich auf die Unterstützung aller. Über entsprechend geplante Maßnahmen werden wir immer zeitnah unterrichten.

Im September haben wir wieder unseren Norddeutschen Lehrertag; diesmal mit einem besonderen Gast, dem Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck. Das Interesse an dieser Veranstaltung ist schon jetzt groß. 14 Tage später die Landtags- und Bundestagswahl. Was die Parteien bei uns im Land in den nächsten Jahren im Bildungsbereich planen, haben wir diese gefragt.

Und dann zeichnet sich jetzt auch eine recht enge Terminschiene bei den Verhandlungen zum Bildungspakt ab. Das alles sind Themen, die wir in dieser Zeitschrift ansprechen.

Wir als VBE hoffen natürlich, dass auch wieder mehr Normalität einzieht und wir wieder mehr Veranstaltungen in Präsenz für Sie anbieten können. Der direkte Kontakt mit Ihnen als Mitgliedern oder auch Nichtmitgliedern ist uns nach wie vor am wichtigsten, da uns Ihre Meinung interessiert, um die Probleme aufzunehmen und weiterzutragen. Noch mehr würden wir uns natürlich darüber freuen, wenn noch mehr Kolleginnen und Kollegen unsere engagierten Teams verstärken oder uns dabei durch eine einfache Mitgliedschaft unterstützen.

Ich wünsche Ihnen ein ruhigeres Schuljahr, als es die letzten beiden waren.

Ihr

Michael Blanck

Personalratswahlen 2021



Personalratswahlen 2021

Die Personalratswahlen 2021 sind Geschichte. Es waren aufgrund der Bedingungen besondere Wahlen. Ob Vorbereitung oder auch Durchführung – alles war aufgrund der Pandemie anders. Vor allem die Vorbereitung war nicht einfach, da wir uns nur virtuell treffen konnten. Das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Gewinnung

von Kandidatinnen und Kandidaten. In den Schulen hat man sich ja nicht getroffen. Unser Ziel war es, das sehr gute Ergebnis von 2017 annähernd zu halten und nicht zu viele Plätze zu verlieren. Das ist uns gelungen und damit ein Riesenerfolg. Dieser Erfolg hat natürlich viele Väter und Mütter. Da sind unser Wahlkampfteam, unsere Kandidatinnen und Kandidaten und natürlich unsere vielen Wählerinnen und Wähler. **Allen gilt unser Dank!**

Natürlich waren wir im Vorfeld skeptisch, ob uns noch einmal so ein Erfolg wie 2017 gelingen wird. An der einen und anderen Stelle hatten wir auch etwas Pech. Bei Stimmengleichheit haben wir das Losverfahren verloren. Manchmal fehlten auch nur wenige Stimmen für einen weiteren Platz.

Die Tabelle auf Seite 5 zeigt die Stimmenanteile und die gewonnenen anteiligen Plätze sowie die Änderungen zu 2017. Ein prozentualer Vergleich bei den Beamtenplätzen ist nicht immer aussagekräftig, da es in der Regel Personenwahlen waren. Gezeigt hat sich allerdings auch, dass wir große Probleme im Förderschulbereich haben. Hier fiel es auch schwer, konkurrenzfähige Listen aufzustellen.

Viele Förderschullehrkräfte sind mittlerweile an anderen Schulen tätig und wollten im Förderschulbereich nicht mehr kandidieren. Auch im Schulamtsbereich Rostock mussten wir als einzigem Bereich einen Platzverlust in Kauf nehmen. An diesen Baustellen werden wir in den nächsten vier Jahren arbeiten müssen. Allerdings werden auch das wieder ganz andere Wahlen werden. Die Zahl der Beamtenplätze werden sich wahrscheinlich enorm erhöhen. Auch darauf werden wir uns einstellen müssen.

Gezeigt hat sich allerdings auch, dass es vor allem dort, wo wir nicht in den Wahlvorständen vertreten waren, die eine oder andere Unstimmigkeit gab, die Fragen aufgeworfen hat. Da zeigt sich wieder einmal, dass es immer besser ist, wenn auch Vertreter unterschiedlicher Gewerkschaften in den Wahlvorständen vertreten sind. So lassen sich Unstimmigkeiten schneller ausräumen und es bleibt kein ungutes Gefühl zurück. Leider wurde durch Mehrheitsabstimmungen in einigen Personalräten verhindert, dass wir in den Wahlvorständen vertreten waren.

Erfreulich für uns ist natürlich vor allem wieder das Ergebnis im Lehrerhauptpersonalrat. Bei der Statusgruppe der Beamten konnten wir wieder die Mehrheit erreichen. Somit ist jetzt Susann Meyer die erste stellvertretende Vorsitzende des LHPR. Dazu kommt, dass wir auch in zwei Fachgruppen wieder die Mehrheit haben, auch wenn es



Auswertung PR-Wahl 2021

	2017		2021		Änderung	Änderung Plätze
	Prozent	Plätze	Prozent	Plätze		
Neubrandenburg						
GHR-A	24,06 %	1/6	29,50 %	2/6	+5,44 %	+1
GHR-B	52,30 %	1/1	42,18 %	0/1	-10,12 %	-1
FS-A	32,50 %	1/4	19,92 %	0/4	-12,58 %	-1
FS-B	nicht angetreten	0/1	33,33 %	0/1	33,33 %	0
Ges-A	44,05 %	2/4	43,80 %	2/4	-0,25 %	0
Ges-B	35,14 %	0/1	51,56 %	1/1	+16,42 %	+1
Gymn-A	56,16 %	2/4	48,35 %	2/4	-7,81 %	0
Gymn-B	53,13 %	1/1	69,73 %	1/1	+16,60 %	0
Greifswald						
GHR-A	34,30 %	3/8	42,28 %	3/8	+7,98 %	0
GHR-B	33,70 %	0/1	40,85 %	0/1	+7,15 %	0
FS-A	38,30 %	1/4	29,90 %	1/4	-8,40 %	0
FS-B	35,90 %	0/1	86,36 %	1/1	+50,46 %	+1
Ges-A	36,91 %	1/2	41,52 %	2/4	+4,61 %	+1
Ges-B	42,22 %	0/1	46,75 %	0/1	+4,53 %	0
Gymn-A	41,34 %	2/4	47,53 %	2/4	+6,19 %	0
Gymn-B	32,08 %	0/1	22,12 %	0/1	-9,96 %	0
Rostock						
GHR-A	31,69 %	2/8	22,28 %	1/7	-9,41 %	-1
GHR-B	35,37 %	0/1	27,83 %	0/2	-7,54 %	0
FS-A	16,35 %	0/4	11,25 %	0/4	-5,1 %	0
FS-B	77,46 %	1/1	42,35 %	0/1	-35,11 %	-1
Ges-A	22,45 %	1/4	26,31 %	1/4	+3,86 %	0
Ges-B	41,18 %	0/1	51,08 %	1/1	+9,90 %	+1
Gymn-A	30,57 %	1/4	29,33 %	1/4	-1,24 %	0
Gymn-B	45,00 %	0/1	44,17 %	0/1	-0,83 %	0
Schwerin						
GHR-A	20,88 %	1/8	23,23 %	1/7	+2,35 %	0
GHR-B	28,77 %	0/1	21,67 %	0/2	-7,10 %	0
FS-A	27,15 %	1/4	35,39 %	1/4	+8,24 %	0
FS-B	46,15 %	0/1	31,58 %	0/1	-14,57 %	0
Ges-A	36,74 %	1/4	28,79 %	1/4	-7,95 %	0
Ges-B	35,29 %	0/1	50,00 %	0/1	+14,71 %	0
Gymn-A	51,12 %	3/6	50,61 %	3/5	-0,51 %	0
Gymn-B	62,11 %	1/1	47,00 %	1/2	-15,11 %	0
LHPR						
GHR-A	27,04 %	1/4	33,41 %	2/6	+6,37 %	+1
GHR-B	56,98 %	1/1	57,98 %	1/1	+1,00 %	0
FS-A	30,94 %	0/2	32,32 %	0/2	+1,36 %	0
FS-B	64,97 %	1/1	15,53 %	0/1	-49,44 %	-1
Ges-A	36,60 %	1/2	37,82 %	1/2	+1,22 %	0
Ges-B	50,00 %	1/1	48,86 %	0/1	-1,14 %	-1
Gymn-A	44,52 %	1/2	54,88 %	1/2	+10,36 %	0
Gymn-B	23,11 %	0/1	60,80 %	1/1	+37,69 %	+1
BS-A	44,21 %	1/2	55,79 %	1/2	+11,58 %	0
BS-B	54,90 %	1/1	43,64 %	1/1	-11,26 %	0

dabei eine Verschiebung gab. Gerade hier hat auch nicht viel gefehlt, um zwei weitere Plätze zu erreichen.

Ich kann versprechen, dass alle unsere Personalräte auch in den nächsten Jahren sich mit aller Kraft für die Interessen aller in Schulen Beschäftigten einsetzen werden. Unser Glückwunsch gilt natürlich auch allen unseren Mitgliedern, die in die örtlichen Personalräte gewählt worden sind.

Auch unsere Kandidatinnen bei der Wahl zu den Gleichstellungsbeauftragten haben respektable Ergebnisse

erreicht, auch wenn wir keinen Platz gewinnen konnten. Leider können wir keine direkten Zahlen bekannt geben, da wir seitens der Wahlvorstände nicht alle Ergebnisse bekommen haben. Vielen Dank auch unseren Kandidatinnen für ihren Einsatz.

In den nächsten Ausgaben werden wir unsere Personalräte vorstellen.



Bildungspolitik vor und nach der Landtagswahl

Zum Ende der Legislaturperiode hat die Landesregierung Bilanz gezogen. Aus dem 40-seitigen und 75 Punkte umfassenden Papier haben wir die für Schulen relevanten herausgegriffen. Wir ersparen uns eine Kommentierung. Machen Sie sich selbst ein Bild, was die Regierungskoalition als Erfolg ansieht. Parallel haben wir den sechs Parteien mit den größten Chancen, in den Landtag einzuziehen, Fragen gestellt. Auch diese Antworten wollen wir Ihnen heute präsentieren, sodass Sie sich ein Bild machen können, was auf die Schulen zukommen könnte.

Regierungsbilanz der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern

für die 7. Wahlperiode 2016 – 2021

5. In der Pandemie Priorität auf Kitas und Schulen gelegt

Die vergangenen 15 Monate waren für Schülerinnen und Schüler, Kita-Kinder, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und Eltern mit großen Herausforderungen verbunden. Die Corona-Pandemie hat das **Kita- und Schulleben für alle Beteiligten stark eingeschränkt**. Ein intensives und regelmäßiges Lernen in der Schule, direkte pädagogische Begleitung durch Lehrkräfte oder Erzieherinnen und Erzieher vor Ort und ein vielseitiges Kita- und Schulleben konnten pandemiebedingt nicht oder nur eingeschränkt stattfinden. Den Kindern fehlte der Kontakt zu Gleichaltrigen. Eltern mussten unter deutlich erschwerten Bedingungen den eigenen Beruf und die Betreuung ihrer Kinder unter einen Hut bringen.

Für die Landesregierung hatte das **Offenhalten von Kitas und Schulen in der Corona-Pandemie höchste Priorität**. Sie wurden nur bei besonders hohen Corona-Zahlen geschlossen. Eine Notbetreuung war im Kita-Bereich und für die Klassen 1–6 jederzeit möglich. Umgekehrt wurden Schulen und Kitas bei sinkenden Corona-Zahlen mit speziellen Schutzkonzepten als Erstes wieder geöffnet.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die **Abschlussklassen in den Schulen** gerichtet. Im Schuljahr 2019/20 lag der Beginn der

Corona-Pandemie zeitlich sehr nah am Eintritt in die Prüfungsphase, sodass coronabedingt nur wenige Tage ausfielen. 2020/2021 wurden die Abschlussklassen bis auf acht Schultage durchgehend in Präsenz beschult, damit sie sich in der Schule **auf ihre Abschlussprüfungen vorbereiten und ihre Schulabschlüsse erreichen konnten**. Die Landesregierung hat in beiden Schuljahren die Prüfungstermine für die Mittlere Reife und für das Abitur verschoben, um den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit für die Prüfungsvorbereitung zu verschaffen.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, **wie wichtig die Digitalisierung an den Schulen ist**. Die Landesregierung hat zu Beginn der Pandemie schnell gehandelt und das digitale Lernmanagementsystem „itslearning“ für alle öffentlichen Schulen schneller eingeführt als ursprünglich geplant. Später wurde es um das **Videokonferenzsystem „BigBlueButton“** erweitert. Mit dieser digitalen Infrastruktur hat die Landesregierung einen landesweiten technischen Standard für alle öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gesetzt. Um die digitale Ausstattung der Schulen in der Corona-Pandemie zu verbessern, haben Bund und Länder **Zusatzprogramme zum DigitalPakt** aufgelegt. Über diese Programme hat die Landesregierung 11 Millionen Euro in den Ankauf von mobilen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler investiert, die zu Hause keinen Computer haben.

11 Millionen Euro standen für den Ankauf von mobilen Endgeräten, die an Lehrkräfte ausgeliehen werden, bereit. Um die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie auszugleichen, hat die Landesregierung bereits im Juni 2020 **zusätzliche Angebote zur Lernförderung** gemacht. So konnten Schülerinnen und Schüler eine Förderung bei privaten Bildungsanbietern kostenfrei in Anspruch nehmen. 145 Lehramtsstudierende haben im Schuljahr 2020/2021 die Schulen unterstützt. Diese und viele andere zusätzliche Angebote sind im **Aktionsprogramm „Stark machen und Anschluss sichern“** für das Schuljahr 2021/2022 enthalten. Die Landesregierung hat dieses Programm im Mai 2021 aufgelegt, um den Schülerinnen und Schülern den Übergang ins folgende Schuljahr leichter zu machen und eine langfristige Unterstützung zu bieten. Hierfür stehen in den Jahren 2021 und 2022 ca. 38 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln bereit.

27. 200 Millionen-Paket für die Schulen aufgelegt

Auf gute Kitas folgen gute Schulen. Die Landesregierung hat in dieser Wahlperiode ein **200-Millionen-Euro-Schulpaket** geschnürt, mit dem die Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler verbessert und der Arbeitsplatz „Schule“ für Lehrkräfte attraktiver werden sollen. Die 200 Millionen Euro für gute Schule stehen über einen Zeitraum von vier Jahren und zusätzlich zum regulären Bildungsetat bereit.

Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer leisten eine ebenso wichtige Arbeit wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den weiterführenden Schulen. Deshalb wurden 63 Millionen Euro eingesetzt, um die Besoldung für Grundschullehrkräfte anzuheben. Seit August 2020 sind sie in die Besoldungsstufe A 13 bzw. Entgeltgruppe E 13 eingruppiert und verdienen damit genauso viel wie ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen Schularten. Auch die Besoldung der Grundschulleitungen ist angepasst worden.

27 Millionen Euro sind für Verbesserungen in der **Lehrerbildung** vorgesehen, damit mehr Lehramtsstudierende die Universitäten mit einem Abschluss verlassen. 40 Millionen Euro sind für die Umsetzung weiterer **Schulbauprojekte** vorgesehen. 60 Millionen Euro stehen für die Umsetzung weiterer Vorhaben zur Verfügung: Dazu zählen **Altersanrechnungsstunden für ältere Lehrkräfte**, das Gesundheitsmanagement für Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigungsmöglichkeiten für Verwaltungskräfte und für Lehrkräfte an beruflichen Schulen, der Einsatz von multiprofessionellen Teams an Regionalen Schulen, die neben pädagogischen Herausforderungen Unterstützung bei Angelegenheiten der Jugendhilfe bieten und Krisenmanagement leisten können.

28. Neue Lehrerinnen und Lehrer für das Land geworben

Die Landesregierung, Gewerkschaften und Verbände gehen bei der Lehrkräftegewinnung neue Wege. Sie wollen

gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, ausreichend Lehrkräfte für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern zu finden, zu halten und auszubilden. Mit dem **„Bildungspakt für Gute Schule 2030“** wurde eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für die kommenden Jahre verabredet.

Mecklenburg-Vorpommern hat von 2017 bis 2020 insgesamt 2.861 neue Lehrkräfte eingestellt. Allein in den vergangenen drei Jahren hat das Land **jährlich über 700 Lehrkräfte in den öffentlichen Schuldienst neu eingestellt**. Im Jahr 2020 gab es mit 877 Neueinstellungen so viele wie nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Um den gestiegenen Bedarf an Lehrkräften im Land besser decken zu können, hat die Landesregierung viele **Verbesserungen in der Lehrerbildung** auf den Weg gebracht. So ging zum Wintersemester 2020/2021 der innovative und praxisnahe Lehramtsstudiengang Grundschulpädagogik in Greifswald an den Start. Die Universität Rostock hat zum Wintersemester 2020/2021 die Zahl der Studienplätze in der Grundschulpädagogik erhöht. Hinzu kommen in Rostock die fachliche Erweiterung der Grundschulpädagogik sowie die Erweiterungen im Bereich der Wirtschaft- und Berufspädagogik und der Schulsozialarbeit.

29. Digitalisierung an den Schulen vorangebracht

Die Digitalisierung verändert unser Leben. In wenigen Jahren wird kein Studiengang und keine Berufsausbildung mehr ohne digitale Kenntnisse auskommen. Darauf müssen wir unsere Kinder heute vorbereiten. Deshalb halten Laptops, Tablets, Smartboards und digitale Plattformen verstärkt Einzug auch in unsere Klassenzimmer. Digitale Bildung ist ein ganzheitliches Konzept und hat viele Facetten. Die Landesregierung hat eine **Digitalisierungsstrategie** für die Schulen entwickelt und umgesetzt.

Grundlage für eine angemessene Bildung im digitalen Zeitalter bildet der fächerübergreifende Rahmenplan, der zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 in Kraft getreten ist. An allen weiterführenden Schulen steht seit dem Schuljahr 2019/2020 ab der Jahrgangsstufe 5 das neue, einstündige **Unterrichtsfach „Informatik und Medienbildung“** auf dem Stundenplan.

Um die digitale Ausstattung der Schulen zu verbessern, setzt die Landesregierung den **DigitalPakt Schule** von Bund und Ländern um. Mecklenburg-Vorpommern erhält bis Ende 2024 insgesamt ca. 99,2 Mio. Euro vom Bund. Darüber hinaus übernimmt die Landesregierung 10 Prozent Kofinanzierung der Schulträger und bringt noch einmal 9,92 Mio. Euro ein.

Mit der Einführung des Lernmanagementsystems „itslearning“ und dem Videokonferenzsystem „BigBlueButton“ hat die Landesregierung eine landesweite digitale Infra-

struktur für die öffentlichen Schulen geschaffen. Das aufgebaute Netz von Lehrkräften, die als Multiplikatoren für Digitalisierung wirken, unterstützt die Lehrerkollegien bei der Umsetzung des DigitalPakts. Außerdem haben Lehrkräfte Fortbildungen zu vielen Aspekten rund um die Digitalisierung in der Schule erhalten. Die Veranstaltungen in Präsenz und online haben großen Zuspruch erfahren und werden in Zukunft ausgeweitet.

30. Ganztagsbetreuung ausgebaut

Die Landesregierung hat die **Ganztagsbetreuung** in Mecklenburg-Vorpommern weiter ausgebaut. In den letzten fünf Jahren sind im schulischen Bereich **7.556 zusätzliche Ganztagsplätze** geschaffen worden. Inzwischen arbeiten rund 75 Prozent aller weiterführenden Schulen als Ganztagsschulen, rund 80 Prozent davon in einer gebundenen Form. Gut die Hälfte aller öffentlichen Grundschulen bietet ebenfalls über den Unterricht hinaus ergänzende Angebote an. Eine zeitlich darüber hinaus erforderliche Betreuung der Kinder im Grundschulalter wird in aller Regel durch einen anschließenden Hortbesuch gewährleistet. Im Jahr 2021 stehen 4,8 Millionen Euro über das Bund-Länder-Sonderprogramm „Ganztagsausbau für Grundschulkinder“ bereit. Ziel ist es, die räumlichen Bedingungen für den künftigen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu schaffen.

31. Mehr Zeit für die Umsetzung der Inklusionsstrategie vereinbart

Nach 14 Jahren hat Mecklenburg-Vorpommern sein **Schulgesetz umfassend reformiert**. Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass die Schulen einen zeitgemäßen rechtlichen Handlungsrahmen erhalten. Ziel des neuen Schulgesetzes ist es, den Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung für alle Kinder und Jugendlichen und die dafür notwendigen Schritte im Schulwesen auszuwogen zu regulieren.

Die Schulgesetznovelle stellt die rechtliche Grundlage für die Einführung eines **inklusiven Schulsystems** in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2028 dar. Für die Umsetzung der Inklusion hat sich die Landesregierung mit allen Beteiligten auf die um fünf Jahre **verlängerte Zeitschiene bis zum Jahr 2028** verständigt.

Außerdem wird die **berufliche Bildung** gestärkt. Berufliche Orientierung ist integraler Bestandteil aller Fächer und Jahrgangsstufen geworden. Das Schulgesetz hebt zudem die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung besonders hervor.

32. Schulbauprogramm aufgelegt

Neben gutem Unterricht sind auch moderne Schulgebäude wichtig, damit Schülerinnen und Schüler gute Lernbedingungen vorfinden. Die Landesregierung hat die Schulträger bei der Erfüllung dieser Aufgabe mit einem Schulbauprogramm unterstützt. Seit 2016 konnten **185 Schulbauvorhaben mit Gesamtkosten von rund 695 Millionen Euro** in diesen Förderprogrammen des Landes berücksichtigt werden. Über den MV-Schutzfonds stehen zusätzlich 100 Millionen Euro für coronabedingte Schulbaumaßnahmen zur Verfügung.

33. Mehr Deutschunterricht an Grundschulen eingeführt

Seit dem Schuljahr 2017/2018 erhalten Grundschülerinnen und Grundschüler in der Schuleingangsphase **mehr Deutschunterricht**. Die Landesregierung ist damit dem Wunsch vieler Lehrkräfte gefolgt, durch eine zusätzliche Deutschstunde in der Schuleingangsphase die Rechtschreibkompetenzen der Schülerinnen und Schülern weiter zu verbessern. Die Jahrgangsstufen 1 und 2 werden als Schuleingangsphase geführt. In der Schuleingangsphase stehen insgesamt 13 bis 15 Deutschstunden auf dem Stundenplan. Bis Ende des Schuljahres 2016/2017 waren es 12 bis 14 Stunden.

**Machen Sie den VBE M-V stark –
er setzt sich für Sie ein!**

Fragen an die Parteien zur Landtagswahl 2021

Am 26. September wählt MV einen neuen Landtag und dieser die neue Regierung. Wir haben die antretenden Parteien gefragt, wie sie die Bildungspolitik gestalten würden, wenn ...

Die nachfolgenden Antworten beginnen mit den Parteien der derzeitigen Regierungskoalition und folgen dann der alphabetischen Reihenfolge der Parteienamen.

1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?
2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?
3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?
5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?
6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?
7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?
8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?

Zunächst einmal muss an dieser Stelle auch festgehalten werden, dass alle Schulen in ihrem jeweils vorhandenen Handlungsrahmen gearbeitet haben – insgesamt und deutschlandweit. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass es viele Schulen gibt, die gezeigt haben, dass man auch unter den noch nie da gewesenen Herausforderungen einer Pandemie im Interesse der Schülerinnen und Schüler gut arbeiten, Wissensfortschritt erlangen und bei der Bewältigung der Situation zusammenwachsen kann. Es bietet sich hier an, zwischen den vorgeblichen Schwächen des Bildungssystems und den Folgen der in Deutschland generell mit einem erheblichen Aufholbedarf erfolgenden Digitalisierung, die sich hier natürlich auch auf den Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen ausgewirkt hat, zu unterscheiden.

Generell: Neben der Wissensaneignung wird es zukünftig stärker als bisher um die Entwicklung von Kompetenzen gehen. Fachkompetenz, Anwendungskompetenz, aber auch Kommunikationsfähigkeit, kreatives Denken, kritisches Denken, Medienkompetenz werden einen modernen Unterricht kennzeichnen. Eine der größten Herausforderungen, der sich alle an Schule Tätigen stellen müssen, ist die wachsende Heterogenität unserer Schülerinnen und Schüler. Für all diese Bereiche wird eine intensive Lehrer*innenfortbildung erforderlich sein.

Kurz- und mittelfristig:

„Stark machen und Anschluss sichern“ – Aktionsprogramm des Landes“

Der Programmtitel lässt bereits erkennen, dass dieses Programm kurz-, mittel- und langfristig zur Verbesserung von Schule beitragen soll. Das Aktionsprogramm ist ein breit angelegtes Maßnahmenpaket, um Kindern und Jugendlichen Unterstützung und Begleitung zur Seite zu stellen. Hinzu kommen außerschulische Angebote, die auch die Familien entlasten. Im kommenden Schuljahr werden allein über das Programm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des Bundes und der Länder insgesamt rund 38 Millionen Euro zur Finanzierung der Lern- und Förderangebote zur Verfügung stehen. Das Aktionsprogramm „Stark machen und Anschluss sichern“ führt bereits jetzt schon bestehende Angebote weiter und weitet sie aus. Neue unterstützende Maßnahmen werden eingeführt, die direkt bei Kindern, Jugendlichen und Familien ankommen. Das Aktionsprogramm des Landes besteht aus vier Säulen ...

(...)

2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?

Die Digitalisierung ist – sowohl im öffentlichen Bereich als auch in der freien Wirtschaft – als Transformationsprozess zu verstehen, der zwar durch die Pandemie erheblich beschleunigt wurde, aber andauert. Es ist davon auszugehen, dass der aktuelle Wandel im Schulbereich in einen kontinuierlichen Veränderungsprozess übergeht. Unser





Land verfolgt dabei eine konsequente Digitalisierungsstrategie im Schulbereich, die sich um die drei Säulen Unterricht, Qualifizierung der Lehrkräfte und IT gleichermaßen dreht. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass der Fokus und die Themen richtig sind, wir die Geschwindigkeit aber erhöhen wollen.

Der Ist-Zustand der Digitalisierung der Schulen ist insgesamt positiv einzuschätzen, wenngleich das Potenzial groß bleibt. In der jüngeren Vergangenheit wurden zentrale Erfolgsfaktoren für eine zügige Digitalisierung der Schulen geschaffen, darunter umfangreiche Finanzierungshilfen, die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Land und Kommunen sowie ein Kulturwandel bei allen an Schule Beteiligten. Diese erleichtern und beschleunigen den weiteren Fortschritt.

Mit dem DigitalPakt Schule wurde eine entscheidende Grundlage und notwendige Voraussetzung dafür geschaffen, um eine schnellstmögliche Digitalisierung der Schulen zu vollziehen. Dafür stehen ca. 110 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Mittel stehen den Schulen u. a. für Aufbau und Verbesserung der digitalen Vernetzung in Schulgebäuden und auf Schulgeländen, schulisches WLAN oder digitale Arbeitsgeräte zur Verfügung. Aufgrund des deutlich gestiegenen Bedarfs im letzten Jahr wurden zur Verbesserung der Situation drei Zusatzprogramme auf den Weg gebracht, die z. B. eine Sofortausstattung bedürftiger Schüler*innen (11 Millionen Euro) sowie Leihgeräte für Lehrkräfte und für die Ausbildung oder Finanzierung von IT-Administrator*innen (ebenfalls 11 Millionen Euro) fördern. (...)

3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?

Gute Schule hängt ganz erheblich davon ab, dass genügend und gut qualifizierte sowie motivierte Lehrer*innen in unseren Schulen arbeiten. Dies sicherzustellen, ist eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen in den kommenden Jahren in MV und in ganz Deutschland. In Mecklenburg-Vorpommern werden in den kommenden rund zehn Jahren ein großer Teil der Lehrer*innen in den wohlverdienten Ruhestand gehen und neue Lehrer*innen müssen gewonnen werden. Wir brauchen dafür auch Lehrer*innen aus anderen Bundesländern und Lehrer*innen im Seiteneinstieg. Deshalb setzen wir auch die erfolgreiche Werbekampagne für Lehrer*innen fort. Unser Ziel ist, dass wir in den kommenden Jahren den Bedarf an Lehrer*innen in den Schulen landesweit, fachgerecht und wesentlich aus unseren eigenen Hochschulen decken können. Die gesellschaftliche und politische Aufwertung und Anerkennung des Lehrberufes werden wir vorantreiben. Als SPD stellen wir uns diesen Aufgaben und

werden gemeinsam im Schulterschluss mit den Gewerkschaften Maßnahmen entwickeln und umsetzen.

Mit dem Aktionsprogramm des Landes „Stark machen und Anschluss sichern“, welches die Bundesmittel des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona“ in das Landesprogramm programmatisch integriert, wollen wir auf die coronabedingten Belastungen der zurückliegenden 1,5 Jahre reagieren und den Bildungserfolg der Schüler*innen sichern. Dies ist aus unserer Sicht nur möglich, wenn auch das Lehrpersonal Unterstützung erfährt. Daher sieht das Aktionsprogramm des Landes neben Maßnahmen, die ausdrücklich die Schüler*innen in den Blick nehmen, auch solche vor, die zu einer Entlastung der Lehrkräfte vor Ort beitragen sollen. So ist für die kommenden beiden Schuljahre der unterstützende Einsatz von Lehramtsstudierenden und anderen externen Kräften sowie die Bereitstellung eines zusätzlichen Finanzbudgets für die Realisierung externer Unterstützungsleistungen vorgesehen. Gegenwärtig arbeitet das SPD-geführte Bildungsministerium mit Hochdruck daran, die genannten, speziell auf die Entlastung der Lehrkräfte gerichteten Maßnahmen zum Unterrichtsbeginn des Schuljahres 2021/2022 auch umzusetzen. Wir teilen die Auffassung, dass Lehrkräfte für die Bewältigung der pandemischen Folgen für den Unterrichts- und den Schulbetrieb eine besondere Unterstützung erfahren müssen. Zur Gewinnung von qualifiziertem Personal haben wir bereits vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht. (...)

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?

Die Schulsozialarbeit ist für die Sozialdemokratie ein wesentlicher Baustein für ein gelungenes Miteinander am Standort Schule. Die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ist von einem heterogenen Anspruch geprägt, im Umfeld um den Bereich Schule agieren die Fachkräfte im Spannungsfeld von Elternhaus und Familie, den Bildungs- und Informationsangeboten, den Beratungsangeboten, den Freizeitangeboten und den weiteren Institutionen wie Familienzentren oder Stadtteiltreffs. Dadurch wird deutlich, dass die Schulsozialarbeit mehr ist als soziale Arbeit am Standort Schule und deswegen eine Verankerung im Fachbereich des Sozialministeriums sinnvoll ist, und zudem bleibt die Autonomie der Fachkräfte gewährleistet.

Die Schulsozialarbeit ist Aufgabe der Kommunen, welche das Land tatkräftig unterstützt. Diese Unterstützung wurde und wird zu großen Teilen aus Mitteln der europäischen Union finanziert. Die sogenannte ESF-Förderung ist eine verlässliche und stabile Finanzierungsform der Schulsozialarbeit. Die aktuelle Förderperiode läuft noch bis Ende 2022 und das Sozialministerium konnte Anfang des

Jahres ESF-Mittel in Höhe von 69,2 Mio. Euro bis 2027 zur Förderung der Schulsozialarbeit sichern.
(...)

5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?

Zentrale Voraussetzung ist für uns das möglichst gemeinsame Lernen unterschiedlicher Kinder und Jugendlicher. Nur so können allen die besten Chancen eröffnet werden. Für diesen inklusiven Bildungsanspruch, einschließlich entsprechender variabler Binnendifferenzierungsmöglichkeiten, stehen wir auch in Zukunft und wollen deshalb unseren Schulen und Bildungseinrichtungen zur Erfüllung dieser Aufgabe beste materielle und personelle Rahmenbedingungen geben.

Wir sind weiterhin froh über den erreichten Inklusionsfrieden und stehen dazu, die inklusiven Maßnahmen auf der Grundlage der Strategie des Landes zur Umsetzung der Inklusion mit Augenmaß im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2023 sowie der Verlängerung der Zeitschiene zur Umsetzung der Inklusionsstrategie bis zum Schuljahr 2027/2028 umzusetzen. Durch die in dieser Legislaturperiode beschlossene Novellierung des Schulgesetzes werden derzeit kontinuierlich Maßnahmen umgesetzt, die Schüler*innen sowie Lehrkräfte entlasten sollen.

Dazu werden neben dem Unterricht in Regelklassen flächendeckend eigene Lerngruppen für Schüler*innen mit starken Auffälligkeiten in den Bereichen Sprache, Verhalten oder Lernen gebildet. In diesen Lerngruppen werden die Schüler*innen im Rahmen des Unterrichts gezielt individuell gefördert. Der Unterricht in den Lerngruppen erfolgt durch sonderpädagogisches Fachpersonal. Zwischen den Regelklassen und den Lerngruppen ist Durchlässigkeit gegeben. Regelschullehrkräfte sowie Sonderpädagog*innen tauschen sich dabei regelmäßig aus und unterstützen einander. Wir unterstützen dabei ausdrücklich den Einsatz multiprofessioneller Teams und haben zusätzliche Stellen für die Umsetzung der Inklusion bereitgestellt. Lehrkräfte der Regelklassen können somit allen Schüler*innen besser gerecht werden.
(...)

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?

Wir wollen die Ausbildung von Lehrer*innen grundlegend erweitern und reformieren. Ziel dieser Reform muss es sein, dass weitaus mehr Studierende, insbesondere in Mangelfächern, ihr Lehramtsstudium an den Hochschulen in MV erfolgreich abschließen und an unseren Schulen ihre Arbeit aufnehmen können. Dazu werden wir Studienplätze

und -fächer regional ausbauen, um Bedarfe zu decken. Neben dem Praxisbezug müssen in den Studiengängen Studierbarkeit, Prüfungslast, Fachlichkeit und Struktur neu geordnet werden, um passend zu den Bedürfnissen unserer Kinder und Schulen kompetente Lehrer*innen auszubilden. Auch das Referendariat werden wir so weiterentwickeln, dass mehr angehende Lehrer*innen im Land ihre Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen. Wir werden durch Zulagen das Referendariat, insbesondere im ländlichen Raum, attraktiver machen. Um den besonderen Bedarf an Lehrer*innen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern Rechnung zu tragen, werden wir den Fächerkanon für die Lehramtsausbildung an Gymnasien und Regionalschulen an der Universität Greifswald in diesem Bereich besonders ausbauen.

Praxis und Theorie im Studium: Aus unserer Sicht wünschen sich die Studierenden nicht einfach nur mehr Praxis, sondern vor allem eine systematischere und reflektiertere Verbindung von Praxis und Theorie. Der Ausbildungsabschnitt bis zur Ersten Staatsprüfung ist spätestens seit der sog. „Radisch-Studie“ Gegenstand umfassender Reform, für die wir uns vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Studie eingesetzt haben. Dabei stehen für uns vor allem die Eingangsphase des Studiums, der Berufsfeldbezug und das Prüfungswesen im Fokus und die AG „Studienerfolg im Lehramtsstudium“ hat bereits wichtige Erkenntnisse zusammengetragen und Veränderungen angestrebt.
(...)

7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?

Als wesentliche Maßnahmen erachten wir hier die Übernahme der Referendar*innen im Rahmen der Übernahmegarantie nach § 3 a Bildungsdienstlaufbahnverordnung Mecklenburg-Vorpommern und die Einführung einer Zulage für Referendar*innen, deren langfristige Wirkung den personellen Bedarf in den ländlichen Regionen durch aktive Steuerung decken soll. Dafür haben wir uns eingesetzt. Kleinere Schulen in ländlichen Räumen bieten jungen Lehrkräften aus unserer Sicht besondere Entwicklungs-, Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Daher setzen wir uns verstärkt für Werbung für den Schuldienst im ländlichen Raum ein:

LehrerbildungsLANDPARTIE: Lehramtsstudierende und Referendar*innen ins Land zu bringen, ist Ziel des Kooperationsprojekts „Bildung im ländlichen Raum“. Das landesweite Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZLB) und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur haben gemeinsam mit den Schülern sowie den Schulträgern, den Landkreisen und den Kommunen mehrere innovative Formate entwickelt, um Lehrkräfte für den ländlichen Raum zu gewinnen.





Online-Recruiting-Events und Schulvideos: Das bewährte und preisgekrönte Format „Löwenpitch“ hatte sich 2020 coronabedingt digitalisiert und ausgeweitet auf die neue Zielgruppe Studierende. Im Vorlauf werden Schulen im ländlichen Raum ausgewählt und Videospots mit Schulleiter*innen-Lehrer*innen-Interviews gedreht. (...)

8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

Wir wollen die Arbeit in den Schulen weiter attraktiv gestalten, damit tätige Lehrer*innen lange und gesund arbeiten können und angehende Lehrer*innen sich für den Schuldienst entscheiden. In den kommenden Jahren werden wir weitere Schritte gehen, um die wichtige Arbeit der Lehrer*innen vor Ort zu unterstützen. Von herausgehobener Bedeutung ist für uns die Senkung der Arbeitsbelastung. Wir wollen dazu Lehrer*innen insbesondere von pädagogisch nicht notwendigen Aufgaben entlasten und weiteres Personal zur Verfügung stellen. Auch die Arbeitsbedingungen von Schulleitungen wollen wir verbessern und mehr Zeit für das Leiten und Entwickeln von Schulen

geben. Die Gesundheitsvorsorge und Gewaltprävention an Schulen werden wir stärken. Wir möchten den Einsatz der Lehrkräfte durch die zeitnahe Einführung langfristiger Arbeitszeitkonten würdigen und damit eine viel diskutierte Forderung umsetzen. Zudem setzen wir uns für die Prüfung und bei entsprechendem Ergebnis angezeigte Umsetzung der mit den Bündnispartner*innen im Bildungspakt für „Gute Schule 2030“ vereinbarten Zielstellungen wie u. a.

- die Reduzierung der Aufgaben neben dem Unterricht,
- die Absenkung der Pflichtstundenzahl,
- die Einstellung weiteren Personals,
- eine Entlastung für Schulleitungen,
- den Ausbau multiprofessioneller Teams
- und eine Überprüfung des Vertretungslehrkräftesystems ein.

Leider können wir aus Fairness- und Platzgründen die kompletten Antworten der SPD-Fraktion (ca. 10 Seiten) hier nicht wiedergeben. Sie finden die ungekürzte Stellungnahme auf unserer Internetseite www.vbe-mv.de. Wir hatten die Parteien um Antworten im Umfang von ca. 1,5 Seiten gebeten.



1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?

Die CDU M-V setzt sich ausdrücklich für eine Verbesserung des Bildungssystems sowie der Situation an den Schulen ein. Hierzu ist ein breiter Maßnahmenmix erforderlich. Entscheidend ist die Verbesserung der personellen Ausstattung der Schulen. Hierzu sind mehr Lehrkräfte auszubilden und die Lehrkräfte an den Schulen zu entlasten. Ebenso sind die Schulleitungen zu entlasten und zu stärken, um der Bedeutung dieser Leistungsfunktion gerecht zu werden. Dies sind vor allem mittel- und langfristige Ziele.

Kurzfristig muss durch eine verstärkte Qualifizierung von Seiteneinsteigern dem hohen Lehrkräftebedarf begegnet werden. Dabei ist für die CDU M-V klar: Seiteneinsteiger können vollständig ausgebildete Lehrkräfte nicht ersetzen. Dies sollen sie auch nicht. Aber sie können ein geeignetes Mittel darstellen, den akuten Fachkräftebedarf übergangsweise zu decken, und den Schulalltag bereichern.

Die CDU M-V setzt sich für zusätzliche Finanzmittel für Sanierung und Neubau von Schulgebäuden sowie zur technischen Ausstattung, insbesondere im Sinne der Digitalisierung, ein.

2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?

Der Ist-Zustand der Digitalisierung ist nach Ansicht der CDU M-V nicht zufriedenstellend. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Mittel des Digitalpakts müssen zügiger ausgereicht werden.

Die CDU M-V strebt an, die Schulen mit einem groß angelegten Modernisierungsprogramm aus der Kreidezeit zu holen. Schulbücher, vor allem aber Übungsmaterialien, die nur dem einmaligen Gebrauch dienen, sollen durch Softwarelösungen ersetzt werden; Tablet neben dem Schulbuch lautet die Antwort. Und da wir uns für den Erhalt aller Schulstandorte aussprechen, sehen wir in der Digitalisierung insbesondere für kleinere Schulen eine große Chance zur Bestandssicherung.

Dabei ist nach Ansicht der CDU M-V jedoch auch klar, dass Digitalisierung kein Selbstzweck sein darf. Digitale Angebote und Techniken sind klug in den Unterrichtsalltag zu integrieren, um einen Mehrwert zu generieren.

Die Digitalkompetenz muss zudem bereits im Lehramtsstudium und durch Fortbildungsangebote gestärkt werden.

3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?



Die CDU M-V hat sich im Rahmen der Verhandlungen zu den jüngsten Zielvereinbarungen mit den Hochschulen für eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten eingesetzt. Ebenso haben wir eine bessere Qualifizierung der Seiteneinsteiger durchgesetzt. Beide Wege gilt es konsequent fortzuführen.

Darüber hinaus sind Pilotprojekte, beispielsweise mit Polen, zu evaluieren und hieraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, ob eine verstärkte Kooperation ein Ansatzpunkt zur Milderung des Fachkräftebedarfs darstellen kann.

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?

Die CDU M-V setzt sich für eine Stärkung der Schulsozialarbeit ein. Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie zur Entlastung der Lehrkräfte. Beides ist von großer Bedeutung. Neben zusätzlichem Personal setzt sich die CDU M-V vor allem für eine verlässliche Stellenplanung ein. Berichte, wonach kurzfristig Stellen nicht verlängert werden, trotz eigentlicher Zusage, müssen der Vergangenheit angehören.

5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?

Mit der Änderung des Schulgesetzes zum 01.01. 2020 haben wir viele gesetzliche Bestandteile angepasst, um die Voraussetzungen für eine „Inklusion mit Augenmaß“, die wir immer gefordert haben, zu schaffen und jedes Schulkind in Mecklenburg-Vorpommern bestmöglich individuell zu unterstützen.

Mit den Partnern haben wir uns zudem auf einen Inklusionsfrieden geeinigt. Dieser Prozess läuft bis 2028. Dieser Prozess ist zu evaluieren und entsprechende Rückschlüsse für zukünftiges Handeln sind zu ziehen.

Die CDU M-V hat sich stets für eine Inklusion mit Augenmaß eingesetzt, um jedes Schulkind in unserem Land bestmöglich individuell zu unterstützen. Dieser Position bleiben wir treu. Wichtig ist eine ganzheitliche, inklusive Bildungspolitik, die behutsam und mit Augenmaß vorgeht und hierbei alle Schülergruppen berücksichtigt, also auch die Begabtenförderung weiterhin im Blick hat.

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?

Die CDU M-V hat bereits in der aktuellen Wahlperiode die Weichen für eine attraktive und praxisnahe Lehrerausbil-

dung gestellt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Praxisnähe halten wir hierbei insbesondere hinsichtlich der Vermeidung des Studienabbruchs für entscheidend. Diese erschöpft sich jedoch nicht im frühestmöglichen Abhalten von Unterrichtsstunden, sondern kann auf vielfältige Weise – beispielsweise die ausführliche Diskussion von möglichen Unterrichtssituationen und entsprechenden Reaktionsmöglichkeiten – ausgestaltet werden.

Entscheidend ist nach Ansicht der CDU M-V, Ursachen für einen Studienabbruch zu evaluieren und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Das Interesse für MINT-Fächer muss bereits frühzeitig in der Schule geweckt werden. Hier ist verstärkt über Praxistage und Schnupperkurse nachzudenken. Wer ein grundsätzliches Interesse für diese Fächer zeigt, wird eher geneigt sein, dieses Interesse auch als künftige Lehrkraft weiterzugeben. Das Studium muss entsprechende Maßnahmen aufgreifen, um das Interesse hier nicht versiegen zu lassen. Insbesondere Mathematik muss verstärkt aus dem Abstrakten herausgeholt und die Bedeutung als Grundlage beispielsweise für die IT herausgestellt werden.

7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?

Wir brauchen eine ehrliche Debatte über ein Zulagensystem, das junge Menschen für eine Tätigkeit als Lehrkraft im ländlichen Raum begeistert. Denkbar wäre, dass die Schulträger ein Zulagenbudget erhalten, mit dem sie eigenverantwortlich zeitlich begrenzte Gehaltsboni zahlen können. Außerdem sollen Landeskinder bei der Vergabe von Studien- und Referendariatsplätzen künftig strukturell bevorzugt werden. Auf diesem Wege soll begünstigt werden, dass hier ausgebildete Lehrkräfte auch hier ihren Dienst versehen.

8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

Entscheidende Entlastung ergibt sich vor allem aus zusätzlichem Personal. Hierfür setzt sich die CDU M-V entschieden ein. Anschließend ist über weitere Entlastungsstunden nachzudenken.



1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?

Die Corona-Pandemie hat wie unter einem Brennglas die bereits seit längerem bestehenden politischen Versäumnisse im Bildungsbereich offenbart. Schüler, Eltern und Lehrer fühlten sich alleingelassen, und es hat sich gezeigt, dass digitales Lernen in der angebotenen Form nicht funktioniert. Als Hauptgrund dafür sieht die AfD die ungenügende technische Ausstattung der Schulen, nicht vorhandene Lernplattformen und langsame Internetverbindungen.

Für uns ist indes klar, dass der Lehrer die wichtigste Bezugsperson für den Lernerfolg des Schülers darstellt, daher halten wir den Präsenzunterricht – in Pandemiezeiten unter Berücksichtigung von Hygieneauflagen – für unabdingbar.

Eine digitale Wissensvermittlung kann für die Beschulung unserer Kinder jedoch ein zusätzlicher Baustein sein. Um diese zu ermöglichen, setzen wir uns für den weiteren Ausbau der Lernplattformen ein und werden die Lehrer bei der Bereitstellung digitaler Unterrichtseinheiten durch schuleigene oder kommunale IT-Dienstleister entlasten. Langfristig werden wir daran arbeiten, den Investitionsstau in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Euro an den Schulen konsequent abzubauen.

2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?

Der Breitbandatlas der Bundesregierung hat gezeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern beim Breitbandausbau im Ländervergleich als Schlusslicht rangiert. Gerade mal 80 Prozent der Nutzer in MV verfügen über einigermaßen schnelles Internet von 50 Mbit/s, während es in ganz Deutschland 94,5 Prozent sind. Eine schnelle Breitbandanbindung ist für die fortschreitende Digitalisierung jedoch Grundvoraussetzung.

Da wir die Digitalisierung als Chance begreifen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Mittel aus dem Digitalpakt Schule unbürokratischer und effektiver eingesetzt werden können (z. B. Lehrerfortbildung für digitale Anwendungen), und dass die Schulen endlich auf adäquate Internetverbindungen zugreifen können.

Doch die Digitalisierung kann kein Allheilmittel sein. Der persönliche Kontakt untereinander und die Weiterentwicklung haptischer Fähigkeiten dürfen nicht zu kurz kommen. Ein Handyverbot an Schulen für die unteren Jahrgänge wäre als Ausgleich für digitale Unterrichtseinheiten daher überlegenswert.

3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?

Bei der Lehrerausbildung setzen wir uns dafür ein, zusätzlich eine Pädagogische Hochschule im Land aufzubauen, um die Studenten durch einen stärkeren Zuschnitt auf eine praxisnahe Ausbildung realistischer auf die Anforderungen in ihrem künftigen Beruf als Lehrer vorzubereiten.

Um die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen, soll die Ausbildung vergütet und mit Aussicht auf Übernahme ausgestaltet sein. Mit einem Auswahlverfahren und einer strukturierten Ausbildung wollen wir die hohe Abbrecherquote im Lehramtsstudium reduzieren.

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?

Die Schulsozialarbeit, so wie sie sich in den letzten Jahren zeigt, übernimmt immer mehr die Rolle der Kindeserziehung: Dies lehnen wir als AfD ab. Die Erziehung der Kinder hat vorrangig in den Familien zu erfolgen, darüber hinaus noch im außerschulischen sozialen Umfeld. Um bestimmte betroffene Familien nicht mit der Erziehung der Kinder allein zu lassen, wollen wir vor allem bei diesen ansetzen und sie stärken. Einer Verstetigung der Schulsozialarbeit an den Schulen, die als pädagogischer Lückenbüßer oder Lehrersatz dienen soll, stehen wir skeptisch gegenüber.

5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?

Die staatlich verordnete, ideologisch begründete Inklusion, die auf eine Abschaffung der Förderschulen zielt, verringert sowohl die Chancen der zu fördernden Kinder als auch die der lernstarken Schüler. Deshalb setzt sich die AfD für den dauerhaften Erhalt der Förderschulen in Mecklenburg-Vorpommern ein, wo die notwendigen Voraussetzungen mit dem entsprechend ausgebildeten sonderpädagogischen Lehrpersonal gegeben sind. Ein Wechsel zwischen den einzelnen Schulformen muss in Abhängigkeit des Leistungsstandes jedoch immer möglich sein.

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?

Die praxisnahe Ausbildung ist in einer durch uns favorisierten „Pädagogischen Hochschule“ gegeben. Als Vorbild dient dafür die Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege, die nach Bedarf und mit großem Erfolg Nachwuchskräfte ausbildet. Ein praxis-

naher Unterricht sowie eine gezielte Ausrichtung auf Mangelfächer (z. B. MINT-Fächer) sind damit besser möglich.

7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?

Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm, wohnortnahe Grundschulen zu fördern und Freie Schulen finanziell gleichzustellen. Dabei können z. B. die Grundschulen ähnlich einer Dorfschule als Abteilungen größerer Schulverbände geführt werden, was in Pandemiezeiten und durch den Wegfall langer Anfahrtswege für die Schüler und Lehrer sinnvoll wäre.

Um Lehrer für die Schulen auf dem Lande zu begeistern, sollten frühzeitig Praktika in diesen Schulen durchgeführt werden und die Attraktivität dieser Lehrerstellen mithilfe der kommunalen Träger (z. B. vergünstigter Wohnraum) erhöht werden.

8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

Wir möchten die Last der administrativen Aufgaben der Lehrkräfte z. B. durch Schulverwaltungsassistenten und IT-Beauftragte senken, sodass sich diese wieder voll und ganz der Wissensvermittlung widmen können. Um den durch eine verfehlte Politik verursachten Lehrermangel zu kompensieren, ist derzeit der Einsatz von Seiten- und Quereinsteigern mit pädagogischer Zusatzqualifikation unumgänglich.

Perspektivisch wollen wir die Zahl der Lehrer und der Schulen deutlich erhöhen, um mit kleineren Klassengrößen Lehrer und Schüler zu entlasten.

Gleichzeitig fordern wir eine realistische Ermittlung des Bedarfs an Lehrern in MV, der nicht durch statistische Tricks schön gerechnet werden darf. Alle Formen des nicht planmäßig erteilten Unterrichts sollten getrennt erfasst und offen kommuniziert werden.



1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?

Die Pandemie hat die großen Schwächen aufgezeigt, aber auch, wie viele Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern trotz der enormen Schwierigkeiten und unzureichenden Bedingungen bereit waren, flexibel zu sein, zu improvisieren und Durchhaltevermögen zu zeigen. Diese Leistung anzuerkennen darf aber nicht heißen, wie die Landesregierung von „Entwarnung“ zu sprechen. Die Folgen der Pandemie werden uns noch lange begleiten, vor allem Schülerinnen und Schüler, die ohnehin Schwierigkeiten haben. Kurzfristig müssen Land und Schulträger erneute Schulschließungen im Fall einer weiteren Welle verhindern, u. a. durch eine effiziente Teststrategie und den Einbau von Raumlufteinrichtungen (die inzwischen zu 80 % vom Bund gefördert werden). In den ersten Wochen sollte an den Schulen die Stärkung der sozialen Beziehungen im Vordergrund stehen. Wir benötigen mehr Lehrkräfte für kleinere Klassen und individuelle Förderung, mehr Schulsozialarbeit und schulpsychologische Unterstützung. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Land viel zu wenig neue Lehrkräfte ausgebildet hat und zusätzliche Stellen erst nach und nach geschaffen werden können. Die Rahmenpläne und Prüfungsanforderungen sollten auf den Prüfstand. Besonders wichtig ist uns die Förderung des vernetzten und fächerübergreifenden Lernens. Nicht einfach Mut zur Lücke, sondern Mut zum Zusammenhang.

Wir wollen Anrechnungsstunden bereitstellen, damit Schulen auch den Freiraum haben, diese Ansätze zu stärken und zu koordinieren.

2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?

Die Digitalisierung ist – von positiven Einzelfällen abgesehen – nicht ausreichend vorangekommen, obwohl mit den Digitalpakt-Mitteln des Bundes viel Geld zur Verfügung steht. Die entscheidenden Probleme liegen in der Umsetzung. Wir wollen, dass das Land gemeinsam mit den Schulträgern einheitliche Standards durchsetzt und die erheblichen bürokratischen Hürden abbaut. Den Schulträgern vor Ort wollen wir mehr Personal für Ausschreibung, Planung und zuverlässigen technischen Support an den Schulen ermöglichen und die Beauftragung externer Dienstleister erleichtern. Breitbandverbindungen zu den Schulen müssen Priorität haben. Es soll mehr effektive Fortbildungen zum Thema Digitalisierung und Medienbildung geben.

3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?

Wir wollen auf allen Ebenen der Lehrkräfteausbildung handeln. Notwendig sind aus unserer Sicht mindestens 300 zusätzliche Lehramtsstudienplätze, einschließlich des





notwendigen Personals an den Hochschulen. Die extrem hohen Abbruchquoten müssen gesenkt werden. Dafür wollen wir das Studium deutlich praxisbezogener gestalten und die Betreuung verbessern. Wir plädieren außerdem für die Einführung von Landesstipendien. Nach erfolgreicher Erster Staatsprüfung soll es künftig einen Rechtsanspruch auf einen Referendariatsplatz geben. Auch der Vorbereitungsdienst soll – wie etwa in Baden-Württemberg – noch praxisorientierter werden. In den ersten beiden Jahren des Berufseinstiegs soll das Pflichtstundensoll um zwei Stunden niedriger sein (siehe auch 8.).

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?

Die Bedeutung der Schulsozialarbeit hat mit der Coronapandemie noch einmal zugenommen. An jeder Schule muss es Schulsozialarbeit geben, an großen Schulen oder Schulen mit hohem Bedarf auch mehr als eine Stelle. Wir GRÜNE wollen eine dauerhafte Finanzierung gewährleisten, die regelmäßigen Unsicherheiten zum Ende von Förderperioden darf es nicht länger geben. Wir unterstützen den Erhalt der Trägervielfalt – unter der Voraussetzung tariflicher Arbeitsverhältnisse.

5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?

Als GRÜNE sind wir überzeugte Befürworter der Inklusion. Das Inklusionskonzept von Landesregierung, SPD, CDU und LINKEN haben wir 2016 dennoch nicht mitgetragen, weil die personelle Ausstattung aus unserer Sicht unverantwortlich niedrig ist. Die Inklusion muss schrittweise erfolgen, aber für diese Schritte müssen wir auch konsequent vorbereiten. Das Land muss deutlich mehr Fachkräfte im Bereich Sonderpädagogik/Inklusionspädagogik ausbilden und einstellen. Wir wollen den Aufbau multiprofessioneller Teams erleichtern und ein Landesbauprogramm „Moderne inklusive Schule“ auflegen.

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?

Wir treten für die Einführung von Landesstipendien ein, insbesondere für Mangelfächer. Das Studium soll deutlich

praxisbezogener gestaltet werden. Große Anteile des Studiums decken sich nach wie vor mit den Inhalten der Nicht-Lehramts-Studiengänge. Die Lehramtsausbildung war damit immer eine Art Sparmodell. Das Studium muss künftig noch eigenständiger werden und sich – bei weiterhin fachlich hohem Niveau – deutlich stärker am Berufsbild der Lehrerin / des Lehrers orientieren. Wir unterstützen auch die Einführung eines Praxissemesters – mit Fahrt- und Übernachtungspauschalen für Einsatzorte außerhalb des Studienorts.

7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?

Zunächst müssen insgesamt mehr Lehrkräfte ausgebildet werden. Für den ländlichen Raum sind tariflich finanzielle Zulagen möglich. Nötig ist zudem ein viel aktiveres Personalmanagement. Besonders hohe Chancen sehen wir bei Menschen, die bereits aus der jeweiligen Region kommen. Darum sollten Land und Schulträger schon mit dem Abitur aktiv um potenzielle Lehramtsstudierende werben, dauerhaft Kontakt halten und z. B. mit Praktika und Vorbereitungsdienst vor Ort festigen. Das Land kann mit einer transparenten Stellenplanung klarere berufliche Perspektiven bieten, die Schulträger können durch Unterstützung bei Wohnraum, Kitaplätzen u. Ähnl. ihren Standort attraktiver machen. Auch eine gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ist ein wichtiger Faktor.

8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

Das Pflichtstundensoll ist in MV deutlich zu hoch. Wir plädieren für eine schrittweise Senkung um zwei Stunden. Dafür benötigen wir aber mehrere hundert zusätzliche Lehrkräfte. Das Land sieht in der neuen Lehrerbedarfsplanung vor, bis 2035 insgesamt 700 Stellen wegen leicht sinkender Schülerzahlen zu streichen. Das halten wir für völlig falsch. Genau diese Stellen würden eine Senkung des Pflichtstundensolls ermöglichen. Als ersten kleinen Schritt wollen wir das Soll in den ersten zwei Jahren nach Berufseinstieg um zwei Stunden senken. Außerdem wollen wir Lehrkräfte bei außerunterrichtlichen Aufgaben entlasten, z. B. durch Personal für Verwaltung und Digitalisierung.



1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?

Die Digitalisierung an unseren Schulen muss kurzfristig auf höchstes Niveau gebracht werden. Beim Digitalpakt 2.0 geht es nicht nur um eine bessere Ausstattung mit geeigneter Technik. Wir brauchen auch einen deutlichen Schub bei der digital gestützten Unterrichtsgestaltung durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Hochwertige Lernsoftware ist auf dem internationalen Markt vorhanden und muss für die deutschen Schulen adaptiert werden. Außerdem müssen alle Schulen schnellstens mit IT-Administratoren verstärkt werden, damit sich die Lehrkräfte auf das Unterrichten konzentrieren können.

Mittelfristig wollen wir Freie Demokraten 100 % Unterricht durch 108 % Lehrkräfte absichern. Personalmanagement an Schulen darf nicht nur Notbetrieb und Notvertretung heißen, sondern muss einen bedarfsgerechten Einsatz von Fachkräften zum Gegenstand haben. Zudem müssen Lehrkräfte, vor allem Schulleiter, von Bürokratie und administrativem Aufwand entlastet werden.

Langfristig muss die Ausbildung von Lehrkräften dringend reformiert werden. Die Ausbildung ist zu wenig auf die praktischen Anforderungen an Schulen ausgerichtet. Zudem sollte die Ausbildung straffer und effizienter gestaltet werden, damit junge Lehrkräfte schneller an den Schulen arbeiten können. Dopplungen von fachtheoretischen Grundlagen in Studium und im Referendariat können und müssen vermieden werden.

2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?

Viel zu spät wurde im Bildungsbereich die Digitalisierung verschlafen als Chance, aber auch als zwingend notwendige Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf ihre künftigen Erwerbsbiografien. Folglich fehlte es an technischen Voraussetzungen, an Aus- und Fortbildung für die Lehrkräfte und an Medienkompetenzen. Daher verwundert es nicht, wenn kaum Bundesmittel abgerufen wurden aus dem Digitalpakt Schulen und dass das pandemiebedingte Homeschooling deutliche Anlaufschwierigkeiten zeigte. Hinzu kommt die landesweit schlechte Breitbandversorgung, die sowohl Schülerinnen und Schülern, Eltern als auch Lehrkräften Hürden in den Weg stellte, die eigentlich längst abgebaut sein müssten.

3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation geht es zum einen darum, umgehend mehr Lehrkräfte anzuwerben und auszubilden. Wer sehenden Auges und tatenlos zusieht, dass immer mehr Lehrkräfte in den kommenden 10 Jahren den Schuldienst verlassen, hat die kommende Generation aufgegeben. Viel mehr als bisher muss der Fokus auf die Qualitätsverbesserung gerichtet werden. Das bedeutet zunächst eine wirksame Eingangsdiagnostik und entsprechende Beratung für Studienanfänger und Seiteneinsteiger, ohne die es in den nächsten Jahren nicht mehr gehen wird. Die berufsbegleitenden Maßnahmen müssen sich stärker an den realen Praxisanforderungen orientieren. Erfahrene Lehrerinnen und Lehrer müssen verstärkt in diesen Prozess einbezogen werden und das muss angemessen auf das eigene Stundensoll angerechnet werden. Dauerhaft muss gewährleistet werden, dass Unterrichtsausfall der Vergangenheit angehört. Wenn feststeht, dass mit dem eingesetzten Personal keine 100 %ige Unterrichtsversorgung sichergestellt werden kann, muss mehr Personal zugeführt werden.

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?

Auch schon vor der Coronapandemie war der Einsatz von Schulsozialarbeit unbedingt notwendig. Die Pandemie und ihre Folgen vor allem für die Kinder und Jugendlichen verstärken den Bedarf. Die Zeit von Befristungen und kurzen Förderperioden für bestimmte Träger muss vorbei sein. Um Schulsozialarbeit noch stärker und gezielter in die schulische Arbeit einzubinden, sollten die Schulsozialarbeiter künftig als Landesbedienstete tätig werden.

5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?

Erklärtes Ziel bleibt die Umsetzung der Inklusion in Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Dabei muss die Umsetzung von neuen pädagogischen Strukturen begleitet werden. Der individuelle Förderbedarf jedes Kindes muss durch Fachkräfte vor Ort ermittelt und eine entsprechende Begleitung durch Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen abgesichert werden. Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen – auf das einzelne Kind kommt es an. Deshalb braucht es Planungssicherheit beim Übergang von den Förderzentren zur sonderpädagogisch begleiteten Regelschule. Deshalb lehnen wir die umfassende, zum Teil flächendeckend übereilte Schließung von Förderzentren ab. Wir missbilligen außerdem, dass die Inklusion bisher überstürzt, ohne Qualitätsstandards und



mit einer mangelnden Sachausstattung sowie fehlenden sonderpädagogischen Fachkräften umgesetzt werden soll.

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?

Neben der Einführung einer gezielten Eingangsdiagnostik planen wir längerfristig die Umstellung der Lehrerausbildung in Richtung eines dualen Studiums, sodass praktische Tätigkeiten und theoretisches Studium besser miteinander verzahnt werden können. Das duale Studium soll nicht länger als 5 Jahre dauern und mit einem Masterabschluss beendet sein. Es schließen sich an den Einsatzschulen Betreuungsmaßnahmen für die Berufseinsteiger an. Die Umsetzung dieser Idee soll zunächst in Form von Modellversuchen erprobt werden. Die FDP setzt sich für eine Stärkung der MINT-Fächer ein, weil sie die Grundlagen liefern für die wissenschaftlich-technischen Herausforderungen der Zukunft speziell in Deutschland. Die weitere Reduzierung der Technikausbildung in der Orientierungsstufe durch die Einführung des Faches Gesellschaftskunde lehnen wir ab.

7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?

Grundsätzlich wollen wir möglichst kurze Schulwege für die Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Das setzt

voraus, dass in der Fläche und im ländlichen Raum Schulen aufrechterhalten werden können. Dies wiederum erfordert ausreichend Lehrkräfte, die bereit sind, auch an kleineren Schulen im ländlichen Raum zu unterrichten. Das Land muss hier bei der Lehrkräftegewinnung mit Zulaufen Anreize setzen, wenn es nicht ausreichend Lehrkräfte in bestimmten Regionen gibt. Wir sehen aber auch die Schulen in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für junge Lehrkräfte zu schaffen, die ihnen einen guten Start ins Lehrerleben an einer ländlichen Schule ermöglichen. Das betrifft sinnvolle Unterrichtseinsätze, Betreuung bei Bedarf, Einbindung in kleinere Lehrerteams u. a.

8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

Wir Freie Demokraten streben eine Verringerung der Pflichtstundenzahl auf 25 Stunden je Woche an. Zudem müssen zusätzliche Aufgaben, wie Vertretungen, Einweisungen und Mentorentätigkeit, auf die Pflichtstundenzahl angerechnet werden. Neben dieser zeitlichen Komponente muss auch die Klassengröße in allen Schulformen deutlich reduziert werden. Das ist auch ein Gebot der Fürsorge des Dienstherrn. Lehrkräfte und Schulleitungen sollten zudem von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Solche Entlastungen kann der Einsatz von IT-Administratoren, Unterrichts- und Schulverwaltungsassistenten bringen, wie sie in anderen Ländern üblich sind.

DIE LINKE.

1. Die Pandemie hat mit großer Brutalität alle Schwächen des Bildungssystems aufgezeigt. Was müsste aus Sicht Ihrer Partei kurzfristig, mittelfristig und langfristig umgesetzt werden, um die Situation an den Schulen grundlegend zu verbessern?

Die Erfahrungen aus der Pandemie haben gezeigt, dass ein Klein-Klein bei den Investitionen an den Schulen in Zukunft nicht mehr vertretbar ist. Die jahrelange Sparpolitik im Bereich der Schule hat deutlich versagt, denn das auf Kante genährte Bildungssystem ist schnell zerrissen und konnte trotz großem persönlichem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler seine Aufgaben nur rudimentär erfüllen. Wichtig ist jetzt, dass die seit Jahren überfälligen Investitionen in Baulichkeiten sowie sächliche und personelle Ausstattung der Schulen umgehend sichergestellt werden.

2. Wie schätzen Sie den Ist-Zustand der Digitalisierung ein? Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung?

Die Digitalisierung der Schulen ist derzeit weiterhin ein Flickenteppich, je nach Kassenlage der jeweiligen Schulträger. Auch die Förderungen aus dem Digitalpakt zur Ausstattung der Schulen, der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte scheitert oftmals an der Zuständigkeit der Schulträger, die die Beschaffung in eigener Regie organisieren müssen. Landesweite Empfehlungen zur Hard- und Softwareausstattung sucht man in Mecklenburg-Vorpommern vergebens. Das führt in vielen Fällen dazu, dass die angeschafften Geräte mit den zur Verfügung gestellten Geräten nicht kompatibel sind. Hinzu kommt, dass Schulträger mit zusätzlichen Kosten für Administration und Pflege der Geräte belastet werden.

Nach unserer Auffassung bedarf es einer landesweiten und einheitlichen Lernplattform, auf der die grundsätzlichen Lerninhalte durch die „Digitale Schule“ bereitgestellt werden. Diese Inhalte können durch die jeweilige

Schule ergänzt werden. Für den Zugriff auf die Lernplattform erhalten alle Schülerinnen und Schüler einheitliche Endgeräte, die ausschließlich für die Arbeit mit der Lernplattform geeignet sind. Diese Geräte werden zentral durch das Land bereitgestellt. Die Schülerinnen und Schüler erhalten jeweils beim Schulartwechsel ein neues Gerät, sodass der Austausch regelmäßig gewährleistet wird und an die Anforderung der jeweiligen Schulstufe angepasst werden kann. Der Zugriff der Geräte kann bei Bedarf, wenn kein Breitbandanschluss besteht, über eine spezielle Daten-SIM erfolgen, die durch das Land zur Verfügung gestellt wird.

3. Die personelle Situation an den Schulen ist sehr angespannt. Welche Maßnahmen müssten aus Sicht Ihrer Partei schnellstmöglich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Gewinnung von qualifiziertem Personal?

Seit Jahren setzen wir uns für eine umfassende Reform der Lehramtsausbildung ein, damit ein Lehramtsstudium wieder eine Ausbildung zur Lehrerin sowie zum Lehrer wird. Dazu haben wir konkrete Vorschläge unterbreitet und den Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes auf den Tisch gelegt. Gleichzeitig muss die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte schrittweise gesenkt, müssen Lebensarbeitszeitkonten eingeführt und zusätzliche Anrechnungsstunden für besondere Tätigkeiten gewährt werden. Damit wird die ständig gestiegene Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer wieder reduziert und das Berufsbild der Lehrkraft in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver.

4. Wie schätzen Sie die Situation der Schulsozialarbeit ein? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, diese an allen Schulen zu verstetigen?

Gerade angesichts der Lehren der Corona-Krise muss an jeder Schule Schulsozialarbeit effektiv gewährleistet sein. Dafür bedarf es endlich konkreter Regelungen, die Schulsozialarbeit zu verstetigen und befristeter Arbeitsverhältnisse für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Vergangenheit angehören zu lassen. Nur so können dauerhafte Perspektiven für langfristige Schulsozialarbeit und die damit einhergehenden Vertrauensverhältnisse der Schülerinnen und Schüler zu ihren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aufgebaut werden.

5. Welche Vorstellung gibt es bezüglich der Umsetzung der Inklusion in den Schulen?

Die Umsetzung der Inklusion an den Schulen ist in der Landesstrategie festgelegt. Wichtig ist aber, dass diese festgelegten Rahmenbedingungen bei der Umsetzung flexibel gehandhabt werden und anhand der Erfahrungen bei der Umsetzung gegebenenfalls korrigiert werden können. Entscheidend für die Umsetzung der Inklusion an den

Schulen sind jedoch die personelle und sächliche Ausstattung der Schulen. So müssen zunächst die vereinbarten zusätzlichen Stellen an den Schulen geschaffen und besetzt werden. Hinzu kommt eine auskömmliche und an die Schülerzahlen gebundene Zuweisung von Stunden. Erst wenn diese Grundvoraussetzungen erfüllt sind und damit die Schulen in die Lage versetzt werden, inklusives Lernen und individuelle Förderungen umsetzen zu können, kann die Inklusion auch in der Schule erfolgreich umgesetzt werden.

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium attraktiver und praxisnaher zu gestalten? Wie können wir aus Ihrer Sicht künftig mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden?

Die Lehramtsausbildung muss dringend reformiert werden, damit Lehramtsstudierende wieder zu Lehrerinnen und Lehrern ausgebildet werden. Fachdidaktik und Unterrichtspraxis müssen gegenüber den Fachwissenschaften wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Damit werden auch wieder mehr junge Menschen das Studium für ein Lehramt in MINT-Fächern beginnen und erfolgreich beenden.

7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um junge Lehrkräfte in Schulen im ländlichen Raum zu bekommen, damit diese nicht aufgrund von Personalmangel geschlossen werden müssen?

Lehramtsstudierende müssen den ländlichen Raum und die Vorteile der Arbeit an seinen Schulen frühzeitig kennenlernen können. Dafür müssen sie die Möglichkeiten haben, frühzeitig dort lernen und arbeiten zu können. Dafür bedarf es mehr Praktikums- und Referendariatsplätze auch in kleinen Schulen auf dem Lande und auch einer finanziellen Unterstützung der Lehramtsstudierenden sowie Referendarinnen und Referendare für Fahrt und Unterkunftskosten für Praktika und Vorbereitungsdienst auf dem Dorf, damit sie dort Lehrerin und Lehrer werden wollen.

8. Lehrkräfte arbeiten seit Jahren am Limit der zeitlichen Belastung. Was planen Sie, um diese Situation zu verbessern?

Neben der Gewinnung von Lehrkräften durch grundlegende Verbesserung der Ausbildung ist auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer eine entscheidende Stellschraube, um des Lehrkräftemangels Herr zu werden. Dazu gehören neben dem schrittweisen Absenken der Unterrichtsverpflichtung die Möglichkeit von Lebensarbeitszeitkonten, zusätzliche Anrechnungsstunden für ältere Kolleginnen und Kollegen sowie für besondere Funktionen und Aufgaben genauso wie die Entlastung von Verwaltungstätigkeiten durch Einsatz von Verwaltungskräften an den Schulen.

Der Bildungspakt für gute Schule

Auf der Regierungswebsite www.bildung-mv.de wird der Bildungspakt 2030 als eine gemeinsame Vereinbarung von Landesregierung, DGB Nord, GEW und dbb vorgestellt, die das Ziel hat, „den Arbeits- und Ausbildungsplatz ‚Schule‘ so attraktiv wie möglich zu gestalten“. Michael Blanck, Landesvorsitzender des VBE und Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb, kommentieren in den beiden folgenden Beiträgen, wie sich die Sache der „gemeinsamen Vereinbarung“ inzwischen entwickelt hat, und bewerten den aktuellen Stand des Bildungspakts.

Bildungspakt 2030



Michael Blanck

Am 26. April rief mich am Nachmittag die Bildungsministerin an und lud mich zu einem Gespräch in die Staatskanzlei an dem darauffolgenden Tag ein. Es sollte um die anstehenden Probleme im Schulbereich gehen. Andere Teilnehmer wären auf Gewerkschaftsseite die GEW, der DGB und der dbb. Die Kurzfristigkeit überraschte sehr. Natürlich hatte ich mich sofort mit Dietmar Knecht, dem Landesbundchef unseres Dachverbandes dbb, verständigt, der den gleichen Anruf erhalten hatte. Immerhin war zu dieser Zeit auch die dbb-Hauptvorstandssitzung als Videokonferenz mit wichtigen Themen angesetzt, bei der

es ungünstig ist, wenn der Vorsitzende und einer seiner Stellvertreter die Veranstaltung zwischendurch verlassen würden. Die Ministerin hatte nur eine Stunde in Aussicht gestellt, aus der dann ca. drei Stunden wurden. Nach Beginn der Veranstaltung übergab uns die Ministerin ein ausformuliertes Papier zum Bildungspakt 2030, das der dbb mitunterzeichnen sollte. Natürlich fühlten wir uns wie vor den Kopf geschlagen, auch wenn in dem Papier nur Absichtserklärungen stehen. Den Philologenverband und den Berufsschullehrerverband informierte ich dann auf der Rückfahrt von Schwerin telefonisch. Im Nachhinein haben wir dann erfahren, dass verantwortlich die Staatskanzlei, das Bildungs- und Finanzministerium mit der GEW und deren Dachgewerkschaft DGB ein Jahr intern über dieses Papier verhandelt haben. Warum wollte man jetzt plötzlich den dbb und den VBE, im Nachgang auch die beiden anderen Verbände, dabei haben? Warum durfte nur der dbb unterzeichnen, obwohl immer wieder mit dem Lehrpersonalkonzept verglichen wurde, welches von allen gleichberechtigt unterzeichnet wurde? Als dbb haben wir dann trotzdem erst einmal unterzeichnet. Uns war es wichtig, beim Aushandeln der einzelnen Punkte im Sinne aller Beschäftigten Einfluss auszuüben.

Was vorher geschah

Im April 2019 veröffentlichten wir als VBE ein 11-Punkte-Sofortprogramm für Schulen mit den entsprechenden Forderungen. Einige Monate später gab die GEW ein Papier mit über 70 Forderungen heraus, in dem viele Punkte enthalten sind, die auch wir als sinnvoll erachten; aber auch

Forderungen, die wir nicht mittragen können. Für ein schnelles Umsetzen sahen wir einen solchen vollen Forderungskatalog auch als nicht zielführend an. Im Oktober gab es dann ein Telefonat zwischen DGB, GEW, dbb und VBE. Wir wurden aufgefordert, uns an den bereits geplanten Demos zu beteiligen, damit wir gemeinsam verhandeln könnten. Da es bei den Demos nur um den Forderungskatalog der GEW ging, konnten wir aus den genannten Gründen die Beteiligung nur verwehren.

Daraufhin haben wir als dbb die Fraktionschefs von SPD, CDU und LINKEN, die Parteivorsitzenden von SPD und CDU und die Bildungsministerin zu Gesprächen mit der Zielstellung aufzunehmender Verhandlungen angeschrieben. Das Gespräch mit den LINKEN fand zeitnah statt. Mit der Bildungsministerin folgte das Gespräch im März 2020. Die Ministerin machte deutlich, dass es notwendig ist, in Gespräche/Verhandlungen einzutreten, und dass unser 11-Punkte-Sofortprogramm eine gute Grundlage bilden würde. Nach Gesprächen mit GEW und DGB würde sie dann die Gespräche gerne zusammenführen. Darunter haben wir dann etwas anderes verstanden als das, was dann im April dieses Jahres passierte. Eine Fehleinschätzung von uns?

Parallel zu diesen Aktivitäten hatte auf einem SPD-Parteitag in dieser Zeit der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Erik von Malottki, hauptamtlich als Referent bei der GEW beschäftigt, Forderungen für die Verbesserung im Bildungsbereich aufgestellt, die unterstützt vom Delegierten Maik Walm, Landesvorsitzender der GEW, angenommen wurden. Dass sich hier Punkte mit dem Programm der GEW ähneln, dürfte nicht überraschen. Inwiefern das Auswirkungen auf die dann geführten Gespräche mit der Staatskanzlei hatte, mag jeder für sich selbst werten. Für mich stellt sich die Frage: Warum hat die Landesvorsitzende der SPD nie auf das Schreiben des dbb reagiert?

Was danach geschah

Anfang Juni gab es dann eine sogenannte konstituierende Sitzung als Videokonferenz, jetzt auch mit dem Philologen- und Berufsschullehrerverband. Es wurde die weitere Vorgehensweise besprochen und die ersten beiden Verhandlungspunkte wurden aufgerufen. Zu diesen gab es im Nachgang bereits weitere Gespräche in Arbeitskreisen. Es geht um Zuschüsse für Referendare und Arbeitszeitkonten, wenn Lehrkräfte durch mangelnde Fachkräfte „über-

zeugt“ werden, mehr als 27 Wochenstunden zu unterrichten. Mit Sicherheit sind dies wichtige Themen. Ich hätte mir aber bei den Detailverhandlungen zum Bildungspakt gewünscht, wenn wir mit anderen Themen gestartet wären. Vor allem in Bezug auf die Arbeitszeitkonten hätte ich erwartet, dass erst über die Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung gesprochen worden wäre und parallel die Arbeitszeitkonten einfließen. Auch die Umsetzung der Altersanrechnungstunden bei Erreichen des jeweiligen Alters wäre uns u. a. ein wichtiges Thema gewesen. Natürlich werden wir uns jetzt aktiv im Sinne aller Beschäftigten einbringen. Allerdings werden wir auch genau beobachten, wie es weitergehen wird. Vor allem, wenn nach abgeschlossenen Gesprächen einzelne Punkte ausgehandelt und unterschriftsreif sind. Sollte man uns dann wieder die Unterschrift verwehren, wird ein Bruch

kaum vermeidbar sein. Wir werden die Ministerin an ihre Worte vom März 2020 erinnern.

Fazit

Der Blick sollte jetzt nach vorne gehen. Alle Beteiligten sollten jetzt schnell und gleichberechtigt (!) wie in den ersten Gesprächen die einzelnen Punkte angehen, verhandeln und abschließen, um die Situation an den Schulen zu verbessern. Dabei werden wir darauf achten, dass unsere berechtigten Forderungen mit einer entscheidenden Rolle spielen und nicht an das Ende geschoben werden. Wir haben für eine gute Schule nicht bis 2030 Zeit!

Michael Blanck

Haben die drei roten „Riesen“ das wirklich nötig?

Ein Gastkommentar von **Dietmar Knecht, Landesvorsitzender dbb – beamtenbund und tarifunion**

Seit dem missglückten medialen Start des „Bildungspakts für Gute Schule 2030“ am 27. April dieses Jahres ist von GEW und DGB permanent zu hören, wie destruktiv der Ausstieg der dbb Bildungsgewerkschaften VBE, BvLB und PhV aus den geplanten gemeinsamen Verhandlungen mit dem Bildungsministerium 2019 gewesen sein soll, und – man höre und staune – jetzt, wo alles ausverhandelt sei, darf der dbb – und am liebsten nur der dbb! – wieder mit ins Boot und mitrudern. In der GEW-Mitgliederzeitung lese ich dies an mindestens drei Stellen. Auch der DGB geizt dort nicht mit Kritik. Beiden Organisationen muss man eingestehen, dass nach den damaligen Ereignissen viel Zeit vergangen ist und man das eine oder andere durchaus schon mal vergisst. Der dbb mit seinen Bildungsgewerkschaften kann sich dagegen noch sehr gut an den September 2019 erinnern, als es zu Vorgesprächen mit der DGB-Seite kam. Selbstverständlich hätte sich der dbb bereits damals den Regularien von GEW und DGB unterordnen sollen, was allerdings mit unserem Selbstverständnis nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnte. Erschwerend kam hinzu, dass beispielsweise der bereits auf dem Tisch liegende 11-Punkte-Plan des VBE für eine bessere Bildungspolitik mit den mitunter illusorischen Forderungen der GEW, die den Lehrkräften zudem auch Sand in die Augen gestreut hätten, nicht kompatibel war. Selbst Bildungsministerin Bettina Martin sah das damals so. Nach einer internen Meinungsbildung haben wir dann mitgeteilt, dass sich der dbb an den gemeinsamen Verhandlungen nicht beteiligen wird, sondern (und das wird jetzt gern verschwiegen) im Sinne der Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen allein die Verhandlungen mit dem Bildungsministerium aufnimmt. Nachdem wir dann mit

Datum vom 1. Oktober 2019 alle demokratischen Fraktionen und die Parteichefs der Koalitionäre dazu aufgefordert hatten, solche Verhandlungen aufzunehmen, kann ich mich noch gut an ein Telefonat mit der GEW-Spitze erinnern, die ihren Unmut über unser Vorgehen äußerte – welch ein Affront gegen die beiden roten Riesen!

In der Folge standen dann bereits erste Gespräche unter anderem mit der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Simone Oldenburg an. Inzwischen wurde auch der dritte rote Riese – die SPD – darauf aufmerksam (gemacht?) und im März 2020 fand ein weiteres Spitzengespräch mit der Bildungsministerin statt, wo ein Verhandlungsfahrplan dahingehend abgesprochen wurde, dass getrennt verhandelt wird und am Schluss der Versuch unternommen werden soll, alle (!) Partner wieder an einem Tisch zu vereinen. Da die Ministerin jetzt hingegen meint, sie halte sich aus internen Angelegenheiten der Gewerkschaften heraus, scheint auch hier das Erinnerungsvermögen gelitten zu haben. Zumindest erinnerte sich jemand – wer auch immer, ich tippe mal auf Ministerpräsidentin Manuela Schwesig – einen Tag vor dem 27.04.2021 an den dbb und lud ihn als Partner zur Unterzeichnung des Bildungspakts ein. Während des Akts wurde die DGB-Seite nicht müde, anhand von fadenscheinigen Argumenten wie der angeblich mangelnden Tariffähigkeit von VBE, BvLB und PhV zu begründen, warum nur der dbb allein als Partner akzeptiert würde.



Dietmar Knecht

Ein Schelm, wer denkt, dass es eventuell auch um vermeintliche Signale anlässlich der anstehenden Personalratswahlen gegangen wäre? Wie dem auch sei, der oft vernommene Vergleich des DGB mit dem damaligen Lehrpersonalkonzept (als ob die Inhalte mit dem heutigen Bildungspakt vergleichbar wären) hilft uns zumindest in der Argumentation, dass damals wie heute auch der VBE, der BvLB und der PhV als gleichberechtigte Partner dazugehören und nicht damit abgespeist werden können, hin und wieder mal eine Arbeitsgruppe zu leiten! Zähneknirschend nahm man noch in Kauf, dass der dbb Vize und VBE-Chef Michael Blanck im Livestream der Staatskanzlei auftreten und sogar Aufstellung für das gemeinsame Foto nehmen konnte. Aber halt, es gab tatsächlich noch einen Plan B der drei roten „Riesen“, wie auf Seite 13 des GEW-Magazins zu sehen ist: eine Neuaufstellung für ein zweites Foto vor der Staatskanzlei, natürlich ohne den „Paktpartner“ dbb! Welch ein Kindergartenniveau!

Cui bono? Haben die drei das wirklich nötig?

Die GEW, der immer noch negativ anhaftet, gegen die Verbeamtung („Entmystifizierung des Beamtenstatus“) von Lehrkräften gewesen zu sein, um jetzt doch zu erkennen, dass „auch die Verbeamtung deutliche Anreize für die Gewinnung von mehr Personal“ setzte? Oder ist die Not aufgrund sinkender Mitgliederzahlen so groß, zu den oben beschriebenen Mitteln greifen zu müssen?

Der DGB, der wider besseres Wissen weiter behauptet, in der zurückliegenden Zeit allein verhandelt zu haben?

Die SPD, die im Wahlprogramm zur anstehenden Landtagswahl „gute Arbeit“ darüber definiert, dass ein Tarifvertrag mit einer DGB-Gewerkschaft existiert? Zugegebenermaßen hat die SPD traditionell mit dem DGB sicher mehr Schnittmengen als mit dem dbb, muss dieser aber – und damit knapp 20.000 meist ehrenamtlich tätige Kolleginnen und Kollegen in 38 Einzelgewerkschaften (immerhin mehr Mitglieder als alle demokratischen Parteien des Landes zusammen) – zunehmend links liegen gelassen werden? Kommt es nicht mehr auf jede Stimme an?

Ansponn sollte für den dbb m-v weiterhin sein, dass uns diese „Spielchen“ nunmehr seit über dreißig Jahren begleiten, dabei aber enorm zusammengeschweißt und wir diese mit Blick auf zunehmende Mitgliederzahlen gerade im Bildungsbereich unbeschadet überstanden haben.

Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für unsere berechtigten Interessen kämpfen und dabei jeweils im Einzelfall ausloten, ob dies besser gemeinsam oder allein gelingen kann.

Zunächst gilt es, die weiteren Verhandlungen zum Bildungspakt für „Gute Schule“ im Sinne der betroffenen Lehrkräfte, aber auch im Sinne der Bildungspolitik des Landes, konstruktiv und ergebnisorientiert zu begleiten. Meiner Meinung nach muss dabei zuallererst ein besonderes Augenmerk auf die Unterrichtsverpflichtung gerichtet werden. Mit deren Absenkung darf man nicht bis 2030 warten, sonst ist der Bildungspakt nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde!

**Bildung
nur mit uns!**

#EKR21

dbb.de



Junger VBE M-V

Von uns – für euch – fürs Land



Susann Meyer, Sprecherin des Jungen VBE M-V
Foto: Fanny Topfstedt

#Lehrergesundheit

Mit Achtsamkeit oder psychischem Lockdown in das neue Schuljahr?

Das letzte Schuljahr hat alles innegehabt, was man sich im Juli oder August 2020 nicht hätte vorstellen können. Wir starteten so gut wie vorbereitet und auf einer gut ausgebauten Landstraße mit einem mäßigen bis guten Tempo. Ich selbst begrüßte meine Schülerinnen und Schüler mit allem, was dazugehörte, und habe noch gut die Lernstandserhebungen im Kopf. Doch je schneller das Virus Einzug hielt, desto mehr Fahrt nahmen die Lehrkräfte im Land auf. Schnell war klar, dass das kein normales Schuljahr würde. Doch hätte niemand gedacht, dass diese gute Landstraße, mit einigen Funklöchern (die uns im Sinne der Schülerinnen und Schüler sehr interessieren), hinter der nächsten Kurve einen Lockdown und ein Schlagloch nach dem anderen offenhält. Das Tempo des letzten Schuljahres darf dieses nicht mehr erreichen! Bedenke ich das Entscheiden der Schulkonferenzen, ob zu Hause oder in der Schule auf Covid-19 getestet wird, und dass es von Schule zu Schule unterschiedlich ist, freue ich mich sehr über diese erlangte Freiheit. Eine Freiheit, die in Schule von großer Bedeutung ist. Freiheiten in dieser Zeit sind ohnehin wichtig und sollten weniger durch Verordnungen und Vorschriften bestimmt als vielmehr vor Ort durch Heterogenität geprägt sein.

Denn der Schulalltag wird nicht nur durch den gesetzlichen Charakter bestimmt. Der Alltag wird vielmehr von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften, Schulleitenden, Personal in Schule und Beteiligten vor Ort geprägt. Was bisher geleistet wurde, muss eine Wertschätzung erfahren. Da genügt es nicht, nur einen Dank auszusprechen. Das Tabuthema #Lehrergesundheit muss endlich vorangestellt werden. Wie viel Kraft aber wirklich durch die ein-

zelne Lehrkraft geleistet wurde, ist kaum messbar, wenn überhaupt sichtbar. Was sonst in langjährigen Fortbildungen vermittelt wurde, musste sich durch Eigeninitiative selbst beigebracht werden. Nicht nur die Jungen vom VBE hatten da Schwierigkeiten, auch Lehrkräfte, die mit dem geforderten digitalen Alltagsstandard nicht gleich Schritt halten konnten, mussten Großes leisten. Mir fehlten da die notwendigen Hilfen, die die Bedürfnisse derjenigen mit größeren Schwierigkeiten aufgefangen hätten. Es steht hier außer Frage, dass es den- oder diejenigen gab, die sich dem digitalen Fortschritt verwehrt und den analogen Weg wählten. Aber auch diese Lehrkräfte haben das gegeben, was ihnen möglich war. Nun bin ich aber an dem Punkt, der mich über die Sommerferien gedanklich bewegte. Wie weit geht denn eigentlich das *Geben*, was einem möglich ist?

Ich vermute, dass die Grenze längst überschritten ist. Die Befürchtungen, die mich ereilen, sind Kolleginnen und Kollegen, die aus den Ferien kommen und halbwegs erholt wieder in das neue Schuljahr starten. Wenn es denn Erholung gab, auch freie Zeit genutzt wurde, um den Kopf frei zu bekommen, gibt es doch auch jene unter uns, die noch immer aus dem eigenen psychischen Lockdown heraus unterrichten. Den Tornado, der am Ende des letzten Schuljahres auf der zu Beginn seichten Landstraße tobte, hätte doch niemand von uns erwartet. Zwischen dem Sortieren von Tests für Schülerinnen und Schüler, den Zusagen, dem Durchführen und dem Absagen von Wandertagen und Klassenfahrten und dem ganz normalen „Alltagswahn-sinn“ sind uns manche lieben Kolleginnen und Kollegen verloren gegangen. Denn neben der Digitalisierung des

Bildungssystems gibt es eine entscheidende Randerscheinung. Es fehlt an einem gesunden Umgang mit der Digitalisierung. Wer saß nicht manchmal oder auch häufiger nächtelang und hat den Unterrichtsstoff digitalisiert oder hat etwas „gebastelt“, damit die lieben Kleinen im Lockdown etwas zu tun hatten? Während englische Kreuzworträtsel schnell gelöst waren, saß man schon an den nächsten Ideen, und das nicht zu den Zeiten des üblichen Unterrichts. Nicht selten hat auch hier die Familie einer Lehrkraft gelitten und eigene Kinder oder andere Familienmitglieder kamen zu kurz.

„Mit Achtsamkeit ins neue Schuljahr“ muss das neue Credo sein. So schwer dies auch ist, sollte die eigene Gesundheit in keinem Fall leiden dürfen.

Es gilt also nicht nur, den von allen Seiten geforderten Unterrichtsstoff zu vermitteln und in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen zu pressen – denn vor dem „Nürnberger Trichter“ wird bereits im Lehramtsstudium gewarnt.

Vielmehr gilt es, den Spagat zwischen Unterrichtsstoff, Wandertagen, hoffentlich angenehmen Gesprächen mit Eltern, Kolleginnen und Kollegen und dem notwendig Rechtlichen gesund zu erleben und auch zu schaffen. Mit dem Blick in die Vorbereitungswoche, Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen und den Plänen, die für die nächsten Wochen angedacht sind, dürfen nicht nur die Schülerinnen und Schüler bedacht werden. Auch jede einzelne Lehrkraft braucht Wertschätzung und die Zeit zum Luftholen.

Dann steigen wir mal ein ins Auto und rauf auf die seichte Landstraße, natürlich mit geöffnetem Fenster und Mitfahrenden, die die drei Gs (geimpft, getestet, genesen) erfüllen.

In diesem Sinne wünscht der Junge VBE M-V allen eine ruhige Weiterfahrt und einen guten Start in das neue Schuljahr!

Susann Meyer

Selfcare – wie hast du deinen Sommer verbracht?



Susann Meyer
Kühlungsborn



Susann Meyer
Kroatien



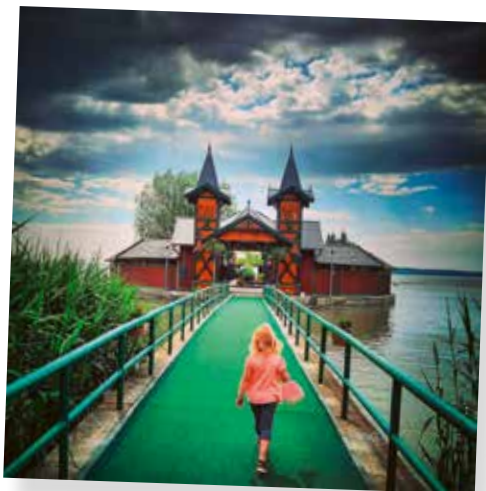
Susann Meyer
Österreich



Maria Stöckel
Mecklenburg-Vorpommern



Stefanie Uteß
Strandhopper auf Usedom



Hannes Burkhardt



Saskia Lehnert

Personalratswahl 2021

Du bist gewählt? – Herzlichen Glückwunsch!!!

Wir danken dir für deine Beteiligung an der **#Personalratswahl2021** – aber wie geht es nach der Wahl weiter? Keine Sorge, wir sind für alle Gewählten und ihre Fragen zu den Themen der örtlichen Personalräte (ÖPR), Bezirkspersonalräte (LBPR) und des Lehrerhauptpersonalrats (LHPR), unabhängig von der Statusgruppe, da!

Schreib uns und wir melden uns sehr schnell bei dir:

Susann Meyer – susann.meyer@vbe-mv.de
 Maria Stöckel – maria.stoeckel@vbe-mv.de



Mein Einstieg in den Lehrerbezirkspersonalrat Neubrandenburg



Martin Nowak

Ein turbulentes Schuljahr liegt hinter uns und wir sehen nach einigen Wochen Abstand zum Schulalltag einem neuen Schuljahr entgegen, welches wieder voller Überraschungen stecken wird. Gerade in diesen strapaziösen Zeiten kann der persönliche Eindruck von schwierigen Beziehungen zwischen Dienstherren und dem Einzelnen aufkommen. Umso wichtiger ist es gerade jetzt, dass die Interessen der Lehrer:innen gut gebündelt und kommuniziert werden.

Dass dies auf verschiedensten Ebenen stattfindet, ist klar. An dieser Stelle möchte ich einmal kurz einen Einblick in meinen Start auf einer dieser Ebenen geben. Ich wurde bei den Personalratswahlen in den Bezirkspersonalrat des Schulamtsbereiches Neubrandenburg gewählt. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Wähler für eure Unterstützung der Personalratsarbeit durch eure Beteiligung. Und denjenigen, die bei meinem Namen ein Kreuz gemacht haben: Vielen Dank für euer Vertrauen.

Nun bin ich also dabei und versuche, mich zurechtzufinden. Es war ein wenig wie am ersten Schultag. In Zeiten von Homeoffice, Telepräsenz und Hygienekonzepten hatte ich befürchtet, dass dieser erste Tag besonders schwer würde. Aber wie immer in solchen Fällen sind die Befürchtungen des ersten Tages schnell von der Präsenz der Realität abgelöst. Ich wurde am Tag der konstituierenden Sit-

zung – zusammen mit anderen Personalratserstis – in einem erfahrenen Team willkommen geheißen. Nach einigen Formalia und Begrüßungen im Plenum kamen wir dann in den Fachgruppen zusammen.

In den Schulamtsbereichen kümmert sich neben dem Plenum mit allen Beteiligten immer auch eine schulartenspezifische Untergruppe um die Schulen der jeweiligen Ausprägung. Als Lehrer an einer Gesamtschule bin ich also für diesen Schultypus gewählt worden und wir vertreten die Interessen für die Kolleg:innen der Gesamtschulen. Wir – das sind 4 Kolleginnen und ich. Der erste Tag wurde dann auch gleich inhaltlich. Die Bezirkspersonalräte schauen unter anderem – wie auch die Gleichstellungsbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung – über Einstellungsverfahren. Wir hatten also als neues, junges Team gleich etwas Konkretes zu tun.

Die darauffolgenden Wochen liefen dann unter Coronabedingungen. Die Vorsitzenden der Fachgruppen trafen sich in persona im Amt und alle anderen kamen dann in einer Videokonferenz dazu. Die Arbeit in den Fachgruppen lief dann über Telefonkonferenzen. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe und bin gespannt, wie es weitergeht. Ich hoffe nur sehr, dass wir hier – wie überall im Bildungsbereich – bald wieder zusammener sein können.

Es bleibt spannend.

Martin Nowak

#SollDasSo?

Mit offenen Ohren des Jungen VBE hören wir in unserer neuen Rubrik einmal genauer hin!

Soll das so? Ja, das habe ich mich auch vor den Ferien, nach acht Jahren Zeugnisschreiben, gefragt. Nach meinem Unterrichtstag von sieben Stunden schnappe ich meine Sachen und spazierte ins Arbeitszimmer für Lehrkräfte unserer Schule. Ich hoffe natürlich, dass ich noch einen der fünf Plätze ergattere und wir nicht zu viele auf den wenigen Quadratmetern sind. Glück gehabt, einen Platz hab ich noch ergattern können. Im Hintergrund höre ich schon den einen oder anderen schimpfen, weil der Drucker in die Zeugnisformulare fleißig Falten hineinbügelt. Da ich aber noch lange nicht so weit bin und keinen zweiten Helfer dabei habe wie andere, mache ich mich an die Arbeit. Was ich da genau erledige, ist die Frage des Vertretungslehrers hinter mir. Seine Frage, ob das immer so hektisch zugehe, beantworte ich mit Ja. Während ich also alle Daten meiner Klasse eingebe (Name, Geburtstag, Religion oder Philosophie ...), unterhalten wir uns und er erklärt mir, dass er das so an anderen Schulen nicht kennengelernt habe. Ich allerdings kenne es nicht anders und habe mich weniger gefragt, wie das an anderen Schulen abläuft. Nachdem nun alles nach guten 60 Minuten eingetragen ist und der Drucker doch noch Lust hat, weiterzumachen, drucke ich nun jedes Zeugnis einzeln. Der Drucker ist ja auch nicht mehr der frischeste und das Programm (das aus einem anderen Jahrzehnt scheint) braucht Einstellungen, die er bei jedem weiteren Zeugnis nicht übernimmt.

Ich habe mich dann nach getanem Werk aber erst mal umgehört. Der Großteil meiner Kolleginnen und Kollegen kannte es nicht anders, als dass wir die Zeugnisse alle persönlich schreiben, jede Note eintragen, es selbst drucken und unter Aufsicht siegeln. Mir fällt wieder einmal auf, dass die Aufgaben einer Lehrkraft in jeder Hinsicht immer weiter wachsen. Während es Berufe gibt, die sich stetig mit gleichen Aufgaben beschäftigen, scheinen die Schultern unserer Berufsgruppe immer voller zu werden. **Soll das so?**

Gibt es nicht mehr nur Unterricht und pädagogische Aufgaben im Berufsfeld Lehrkraft, wächst der Unmut, der unbedingt zu reduzieren ist. Wie wohl sich das anfühlen muss, wenn ich höre, als man mir berichtet, dass man Notenlisten abgibt und dann die fertig gedruckten Zeugnisse zurückbekommt.

Was ich mir wünsche? Gleichberechtigung für alle Lehrkräfte, und das sehr schnell. Während manche Schulen nur einen Drucker für 22 (!) Klassen haben und der auch noch Falten hineinbügelt oder Streifen auf die Formulare druckt, wünsche ich mir für alle Lehrkräfte ein vereinfachtes Arbeiten, wenn schon an anderer Stelle mehr auf die Schultern gelegt wird.

Was wir brauchen? Dringend ein System, das alles miteinander verknüpft und Noten mit Daten von Schülerinnen und Schülern zusammenlaufen lässt. Wir brauchen ein einfacheres Arbeiten!

#fraumeyersunterricht (Susann Meyer)

Unsere neue Rubrik: #SollDasSo?

Förderpläne im Alleingang?
Ich habe da mal was zu sagen ...

Wenn es dir/Ihnen auch so ergeht, dann freue ich mich, davon zu lesen! – Denn Lehrkräftegesundheit spielt immer eine wichtige Rolle!

susann.meyer@vbe-mv.de



Besucht uns doch mal auf
Facebook und Twitter!



Es braucht eine Sicherheitsphase!

VBE fordert besondere Vorsicht in der Zeit nach den Sommerferien

Im Juni stellte die Kultusministerkonferenz (KMK) ihre Position zur Weiterführung des Unterrichts nach den Ferien vor. Demnach ist es prioritäres Ziel, einen möglichst normalen Schulbetrieb zu gewährleisten. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, kommentierte: „Es ist schwer vorstellbar, dass sich das Infektionsgeschehen davon beeindruckt lässt, dass die KMK die Pandemie anscheinend für beendet erklärt.“ Gerade mit Blick auf den Herbst bleibe das Gremium Antworten auf die Frage schuldig, welche Planungen es für eine vierte Corona-Welle gebe.

So warnte Lothar Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts, in einem Interview mit der Rheinischen Post eindringlich davor, die Hygienemaßnahmen an Schulen auszusetzen. Dies tat er vor dem Hintergrund, dass in Israel und Großbritannien vermehrt Ausbrüche an Schulen, bedingt durch die Delta-Variante, beobachtet wurden. Die damit einhergehende Sorge, dass das auch in Deutschland passieren könnte, teilt der VBE Bundesvorsitzende Beckmann. Er äußerte sich gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): „Solange die Familien nicht geimpft sind und in der Gesamtgesellschaft die Impfquote nicht hoch genug ist, müssen wir über Schutzmaßnahmen an Schulen nachdenken. Diese müssen verhältnismäßig für das Alter der Kinder und angepasst zum Infektionsgeschehen unter Ungeimpften sein.“ Er sieht die KMK in der Pflicht, die Planungen für das neue Schuljahr entsprechend anzupassen.



Um zunächst einen möglichst sicheren Schulstart zu gewährleisten, fordert der VBE eine „Sicherheitsphase“. Denn in einigen Bundesländern fällt gerade die Maskenpflicht weg und auch das Testen wird auf ein Minimum zurückgefahren. Mit Blick auf die Verbreitung der Delta-Variante, die vielen Reisenden und den unzureichenden Impfschutz insbesondere an Grundschulen könnte das nach den Sommerferien „ein riskantes Unterfangen“ werden, so Beckmann. In Abstimmung mit dem VBE Bundesvorstand fordert der Verbandschef eine mindestens 14-tägige Sicherheitsphase nach den Sommerferien. Es müssen verstärkt, also mindestens zwei Mal pro Woche, Tests vorgenommen und auch wieder Masken getragen werden.

Diese Regelung sollte möglichst einheitlich von der Kultusministerkonferenz verabredet und umgesetzt werden. Denn unterschiedliche Regelungen, die wieder an der Bundeslandgrenze enden, führen zu Unmut – der an den Lehrkräften vor Ort ausgelassen wird. Mit transparenter Kommunikation gelte es, dies zu verhindern.



Neue Spitze bei den VBE Frauen

Tanja Küsgens tritt die Nachfolge der im April völlig überraschend nach kurzer, schwerer Krankheit verstorbenen Jutta Endrusch an. Nach erfolgreicher Wahl am 19. Juni 2021 ist sie von der Stellvertreterin zur Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung aufgestiegen. Bei der digitalen Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung, in deren Rahmen die Wahl stattfand, hielt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, ein kurzes Grußwort, in dem er das Wirken Jutta Endruschs nochmals würdigte. Insbesondere durch ihr mutiges Vordenken und die durch sie umgesetzte kooperative Führungsstruktur im Team konnte die Arbeit der Frauenvertretung schnell weitergeführt werden. Zu Gast war auch Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Sie hielt einen inspirierenden Vortrag zu den Aktivitäten und Zielen ihres Gremiums.

Das nächste große Thema der VBE Frauenvertretung wird „Parität und Nachwuchsförderung“ sein. Hier unterstützt die Bundesgeschäftsstelle dabei, Maßnahmen zu identifizieren, die insbesondere junge Mitglieder und Frauen darin bestärken, sich aktiv im Verband einzubringen und auch Führungspositionen zu übernehmen. Auch dazu werden sich die Frauenvertreterinnen auf ihrer Jahreshauptversammlung im September austauschen. Eine Vorstellung der Ziele der Frauen im VBE und ein Kurzporträt ihrer Bundessprecherin finden Sie hier:

<https://kurzelinks.de/frauen-im-vbe>

Ohne Ganztagsanspruch in die Sommerpause – Werden sich die Länder in den Sommerferien noch einig?

Nach jahrelangen Verhandlungen und Beteiligungsprozessen wurde das Ganztagsförderungsgesetz mit der denkbar knappsten Frist in Bundestag und Bundesrat eingebracht – und ist trotz vieler Zugeständnisse der Bundesregierung im Bundesrat nicht angenommen worden. Ein Kritikpunkt: Länder, die bereits eine hohe Betreuungsquote vorweisen können, haben nicht gleichermaßen die Möglichkeit, von den Investitionen zu profitieren, da diese darauf ausgerichtet sind, neue Plätze zu schaffen. Das hatte auch der VBE in seiner [Stellungnahme zum Referentenentwurf](#) betont. „Hätte die Politik da schon aufmerksam zugehört und auf die Expertise aus dem Bildungsbereich vertraut, wären wir heute womöglich in einer anderen Lage“, kommentierte der VBE Bundesvorsitzende, Udo Beckmann. Eigentlich wäre das Gesetzgebungsverfahren noch am Freitag, den 25. Juni 2021, gescheitert. Mit Anrufung des Vermittlungsausschusses war klar, dass keine regulären Termine mehr für die nachfolgende Abstimmung im Bundestag bestehen. Nun bleibt aber doch noch eine Chance, denn der Bundestag hat für den 7. September 2021 eine Sondersitzung einberufen. Der Bundesrat würde dann am 17. September 2021 darüber abstimmen. Schlussendlich ändere aber auch das nichts daran, dass das Hauptproblem zur Umsetzung des Rechtsanspruchs Ganztagsbildung nicht angegangen werde. „Ohne eine Fachkräfteoffensive kann dieser nicht verwirklicht werden“, so Beckmann.

Digitalisierung von Schule: VBE Bundesvorstand verabschiedet aktualisierte Position

Im Sommer 2020 hatte der VBE Bundesvorstand vor dem Hintergrund der enormen Ein- und Auswirkungen in Folge der Corona-Pandemie ein dezidiertes Positionspapier zur Digitalisierung von Schule verabschiedet. „In Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und im Sinne der gemeinsamen Verpflichtung, Bildungsungerechtigkeit in Deutschland abzubauen“, wurden hierin konkrete Forderungen, Maßnahmen und Fristen gegenüber den politischen Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen benannt. Am 18. Juni 2021 hat der VBE Bundesverband Zwischenbilanz gezogen und seinen Forderungen, die zum Großteil immer noch unerfüllt sind, in aktualisierter und erweiterter Fassung der Position Nachdruck verliehen: Zu den fünf Focusbereichen digitale Mindeststandards, Grundausstattung, Anwendungen, (Weiter-)Bildungen und Kompetenzen und Lerninhalte wurden Forderungen überprüft und – etwa mit Blick auf wichtige Teilaspekte wie Datenschutz oder Inklusion – erweitert und spezifiziert. Alle Positionen des VBE Bundesverbandes sind hier abrufbar: <https://kurzlinks.de/positionen>

Stiftung Lesen: Beckmann als Vorstandsmitglied bestätigt

Als eines von acht Mitgliedern ist der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, erneut in den Vorstand der Stiftung Lesen gewählt worden. Den Vorsitz übernimmt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. „Es freut mich sehr, in der Stiftung Lesen auch künftig zur Förderung der elementaren Grundkompetenz Lesen und hierüber zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen zu können“, kommentiert Beckmann anlässlich seiner Wiederwahl. „Menschen, gerade in einem bildungsbenachteiligten Umfeld, durch vielfältige Leseangebote zu inspirieren, zu motivieren und im Sinne eines selbstbestimmteren Lebens gezielt zu unterstützen ist und bleibt ein wichtiger Bildungsbeitrag“, so Beckmann weiter.



Chance verspielt – Keine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz



„Selten zuvor sind so viele Mängel in unserer Gesellschaft, vor allem im Sozial-, Sicherungs- und Bildungssystem, derart schonungslos aufgezeigt worden wie in Zeiten der Corona-Pandemie. Gerade jetzt wäre es ein wichtiges Zeichen gewesen, die Rechte von Kindern fast 30 Jahre, nachdem Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 1989 ratifiziert hat, ausdrücklich im Grundgesetz festzuschreiben. Dass diese große Chance, die Rechte von Kindern und Jugendlichen hierüber

sichtbarer, einforder- und einklagbarer zu machen, durch die fehlende Kompromissbereitschaft der Parteien vertan wurde, ist enttäuschend“, kommentiert der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, das im Juni gescheiterte Koalitionsvorhaben, über das wir im VBE Newsletter des Monats Mai noch optimistisch unter dem Titel [„Kinderrechte auf dem Weg ins Grundgesetz“](#) berichteten. „Wir erleben gerade, dass insbesondere gefährdete Gruppen wie geflüchtete Kinder, Kinder mit Behinderungen, armutsbetroffene Kinder oder Kinder, die in konfliktreichen Situationen aufwachsen, zusätzlich benachteiligt werden. Nicht nur, aber auch deshalb müssen wir die Rechte von Kindern nachhaltig stärken. Eine klar und stark formulierte Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz muss deshalb politisches Ziel bleiben“, fordert Beckmann.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Deutscher Schulleitungskongress

Seit 10 Jahren gemeinsam in die Zukunft blicken. Seien Sie dabei, wenn wir heute die Schule von morgen gestalten.

25.-27. November 2021, Congress Center Düsseldorf

Schirmherrschaft



**KULTUSMINISTER
KONFERENZ**



Bis 30.09.2021

130 € sparen*

zusätzlich 10 € Rabatt
mit Gutscheincode:
VBEDSLK2021



Prof. Dr. Dr. Ayad Al-Ani
Bildungsstrategien in der digitalen Welt - Wie Ihre Schülerschaft in Zukunft lernen wird



Nicola Winter
Die Schallmauer entspannt durchbrechen - Wie Sie als Schulleitung mit Krisen und Stress locker umgehen



Felix Neureuther
Vom Faultier zum Weltmeister! Beweg dich schlau! - Wie Sie mit kleinen Übungen bei Ihrer Schülerschaft Großes bewirken können

- **Sicheres Miteinander** dank aktueller Corona-Schutzmaßnahmen gemäß RKI-Richtlinien
- **Wertvolle Networking-Gelegenheiten** und sofort anwendbare Lösungen für Ihren Arbeitsalltag
- **Kostenlose Rücktrittsgarantie** bis 8 Wochen vor Kongress

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleitungskongress.de

Eine gemeinsame Veranstaltung von

EDUCATION | EVENTS



Exklusiver Programmpartner

RAABE,
KLASSE SCHULE

Exklusiver Präventionspartner



Kooperationspartner



Platin-Partner



Gold-Partner



Silber-Partner



*Jetzt bis zum 30.09.2021 für 520 € anstatt 650 € buchen.

Bitte Änderungen der
 persönlichen Daten und des
 Beschäftigungsumfangs an
 die Geschäftsstelle melden!

Bitte einsenden an:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
 Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
 Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin

per Fax an: 0385-5507413 oder per E-Mail an: geschaeftsstelle@vbe-mv.de



Beitrittserklärung

Ich erkläre durch meine Unterschrift meinen Beitritt zum Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

_____	_____	_____
Name	Vorname	Geburtsdatum
_____	_____	_____
zum	Angestellte/Angestellter	Beamtin/Beamter
_____	_____	_____
PLZ, Wohnort	Straße, Nr.	Telefon
_____	_____	_____
Name der Schule	Straße, Nr.	Telefon
_____	_____	_____
E-Mail-Adresse (für Rückfragen bzw. Aufnahme in den E-Mail-Verteiler – freiwillig)		

Ort, Datum		

Unterschrift		

Beitragsordnung

Bitte ankreuzen!

- | | | |
|-----------------------|---|---------|
| <input type="radio"/> | E 11, A 11 und höher | 15,00 € |
| <input type="radio"/> | bis E 10, A 10, 2/3-Stelle und weniger | 10,00 € |
| <input type="radio"/> | Ruheständler, Rentner, Pensionäre, Elternzeit | 7,00 € |
| <input type="radio"/> | Referendare, LA-Anwärter, Studenten | 1,00 € |

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer =
Mandatsreferenz =

DE25VBE0000314381
Wird Ihnen mit der Eintrittsbestätigung mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich den Verband Bildung und Erziehung (VBE) M-V, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, diese Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut des Zahlers: _____

BIC: _____ IBAN: DE__ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____

Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift wird mich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Vorname, Name des Kontoinhabers

Anschrift (PLZ, Ort, Straße)

Ort, Datum

Unterschrift

Datenschutzerklärung/Einwilligung:

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der Mitgliederverwaltung des VBE M-V elektronisch erfasst, gespeichert, bearbeitet und zum Zweck der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Verbandes auch weitergegeben werden. Es ist dabei gewährleistet, dass dies nur zur Erfüllung der Verbandsaufgaben und zur Inanspruchnahme der Leistungen aus der Mitgliedschaft erfolgt. Dies umfasst auch die Kommunikation per E-Mail und das Verwenden der von Ihnen angegebenen Adressdaten zu diesen Zwecken. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Kenntnis davon und mein Einverständnis.



NORDDEUTSCHER LEHRERTAG 2021

MIT VIELFALT VIEL HALT FÜR
SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

#ndlt

SAMSTAG, 11. SEPTEMBER 2021

STADTHALLE ROSTOCK

SÜDRING 90, 18059 ROSTOCK

PROGRAMM

- Ab 9:00 Uhr **Begrüßungskaffee und umfangreiche Ausstellung**
- 9:45 Uhr **Begrüßung**
Michael Blanck, VBE-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern
- 9:50 Uhr **Grußwort**
Bettina Martin, Bildungsministerin Mecklenburg-Vorpommern
- 10:05 Uhr **Hauptvortrag**
«Die Verantwortung von Schulen auf dem Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft»
Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.
- 10:35 Uhr **Speed Talk**
mit den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
«Gelingende Bildungs- und Entwicklungsprozesse, um Schülerinnen und Schülern mehr Halt zu bieten»
Bettina Martin,
Bildungsministerin Mecklenburg-Vorpommern
Udo Beckmann,
Bundesvorsitzender Verband Bildung und Erziehung e. V.
Frank Thalhofer,
Vorstandsmitglied Verband Bildungsmedien e. V.
Michael Blanck,
VBE-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern
- 11:30 Uhr **Pause und Besuch der Ausstellung**
- 12:00 Uhr **Veranstaltungsrunde 1**
- 12:45 Uhr **Pause mit Mittagsimbiss und Besuch der Ausstellung**
- 13:45 Uhr **Veranstaltungsrunde 2**
- 14:30 Uhr **Pause und Besuch der Ausstellung**
- 15:00 Uhr **Veranstaltungsrunde 3**
- 15:45 Uhr **Ende des Norddeutschen Lehrertages 2021**

INFORMATION

Näheres u. a. zu den Veranstaltungsrunden und zur Anmeldung finden Sie ab 7. Juni 2021 unter

www.norddeutscher-lehrertag.de



Teilnahmegebühr

VBE-Mitglied:	10 €
Nicht-Mitglied:	20 €
Lehramtsstudierende/-r und Referendar/-in im VBE:	2 €
Lehramtsstudierende/-r und Referendar/-in nicht im VBE:	5 €

KONTAKT

Verband Bildung und Erziehung e. V.
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
geschaeftsstelle@vbe-mv.de

Verband Bildungsmedien e. V.
Petra Katharina Reinschmidt
reinschmidt@bildungsmedien.de

Der Norddeutsche Lehrertag 2021 ist eine gemeinsame Veranstaltung des Verband Bildungsmedien e. V. und der Nordverbände des Verband Bildung und Erziehung e. V. (VBE)